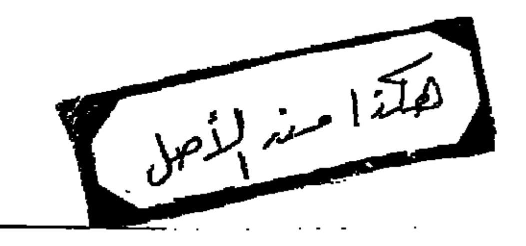


von
dacht

Speiseöl-Managemen…

40 Person…
Purim-…

aus dem

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DONNERSTAG, 27. FEBRUAR 1975 • PREIS: IL 1.30 יום חמישי, ט"ז אדר תשל"ה ★ המחיר: ל"י

MESCHEL STREBT KOMPROMISS MIT DER REGIERUNG AN

Bei Beendigung der stundenlangen Debatte zwischen den …retern der Regierung und der Histadrut über die Steuergesetze …erte der Generalsekretär der Histadrut Meschel die Einsetzung … Vermittlungskommission. Diese soll einen Kompromiss ausar…n, der dem geschäftsführenden Ausschuss und der Exekutive … Histadrut zur Stellungnahme vorgelegt werden soll. Der Plan …chels wurde auch akzeptiert.

… Sprecher der Histadrut … in der Sitzung scharfe Kri… …n Verhalten der Regierung …klärten, die Histadrut kön… …cht nur als Prellbock zum …gen sozialer Erschütterun…ienen.

…anzminister Rabinowitz …tigte das Vorgehen der Re… …g und erklärte, die zu er… …nde Verteuerung würde …uf höchstens drei Prozent …en. Meschel sprach die Be…fung aus, dass die Einfüh… …er Arbeitnehmersteuer nur …slosigkeit in grossem Um… … zur Folge haben werde. …ls- und Industrieminister … versicherte, dass die Re… …g Kapitalgewinne schär… …steuern und die vermögen …hichten zum Tragen der … heranziehen wolle.

Die neuen Steuerpläne der Regierung wurden auch im Finanzausschuss der Knesset erörtert. Dr. Bader (Likud) bezeichnete die Absicht, 1,5 Milliarden IL durch das Defizit neu in die Wirtschaft zu pumpen, als „Verbrechen". Kargman (Maarach) gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass zum ersten Male Histadrut und Industrielle gemeinsam gegen das Kabinett auftreten, während es eigentlich Sache der Histadrut sei, die Regierung, die doch eine Arbeiter-Regierung sei, in ihrer Wirtschaftspolitik zu unterstützen.

Die Unabhängigen Liberalen haben darum gebeten, die für heute anberaumte Abstimmung nach der ersten Lesung des Etats zu vertagen, bis die Meinungsverschiedenheiten über d. Steuergesetze geklärt sind.

BERATUNGEN MIT DEN GEMEINDEN

Gestern abend trafen die Vertreter der Regierung noch mit den Beauftragten der Gemeindezentrale zusammen, um die Einfrierung der Ortssteuern und die Finanzhilfe der Regierung für die Gemeinden zu erörtern.

…beitgeber und Chewrat Owdim gegen die Steuerpolitik der Regierung

Koordinationskomitee der …eber-Verbände und die …t Owdim, die Spitzenge…ft des Histadrut-Sektors, gemeinsam der Regierung …morandum vorlegen, in … sich gegen die Verbän…er neuen Arbeitnehmer…wenden wollen.

…Koordinationskomitee der …ber wird heute zur Be…g dieser Frage zusam…n. Ferner will sich auch …band der Banken mit …en Steuer befassen. Der …direktor der Bank Leumi, …erklärte, die Arbeitneh…er sei ungerechtfertigt. …ken müssen schon auf …früherer Anordnungen ei…istleistungssteuer" in Höhe von fünf Prozent bezahlen. Wenn sie noch die neue Steuer entrichten müssten, so würden sie mit einer Gesamtsteuer von 12,5 Prozent für ihre Beschäftigten belastet werden.

Auch der Handwerkerverband hat sich scharf gegen die Arbeitnehmer-Steuer gewandt und erklärt, dass sie katastrophale Folgen für das Handwerk haben müsse.

Die Plastiksektion im Industriellenverband protestierte gegen die Arbeitnehmer-Steuer, die grosse wirtschaftliche Schwierigkeiten herbeiführen müsse. Plastiktüten und ähnliche Gegenstände, die zum einmaligen Gebrauch bestimmt sind, würden sich ausserordentlich verteuern.

»Kein Nahostfrieden ohne Palaestinenser«

Syrischer Praesident widerlegt Hoffnungen Dr. Kissingers

Damaskus (R) — Der syrische Präsident, Assad, erklärte in einer Rede vor der sechsten Landeskonferenz der syrischen Studenten, dass Friede im Nahen Osten nicht ohne Berücksichtigung der Forderung der Palästinenser denkbar sei. Assad sagte wörtlich: „Ich fordere die ganze Höhe von Golan, die ganze Sinai Halbinsel und ich verlange, dass alle Rechte der Palästinenser gesichert werden müssen."

Bei der Konferenz waren die Botschafter der USA, der Sowjetunion und viele andere Diplomaten anwesend.

In seiner Rede stellte Assad fest, dass Rückzug Israels auf die Linien von 1967 nicht genüge um den Frieden zu sichern. **„Damaskus bestimmt nicht über den Frieden, ebenso bestimmt Kairo nicht über den Frieden. Allein das Volk von Palästina hat über den Frieden im Nahen Osten zu entscheiden,"** rief Assad aus.

Der syrische Präsident forderte wiederholt Rückgabe aller besetzten Gebiete und Sicherung der Rechte der Palästinenser.

Den Inhalt dieser Rechte müssten die Palästinenser selbst festlegen. Der Jom Kippur Krieg habe die Wirksamkeit der arabischen Einheit erwiesen, und die Einheit an der politischen Front sei ebenso wichtig wie die an der militärischen. Assad beschuldigte Israel, dass es sich auf die neue Situation nicht einstellen wollte, die durch den Krieg von 1973 geschaffen worden sei.

Vorher hatten Regierungsstellen in Damaskus Erklärungen der „Newsweek," dass Syrien zu einem Friedensabkommen mit Israel bereit sei, als „ungenau" bezeichnet. **Dr. Kissinger hatte auf seiner Pressekonferenz in Washington gerade diese Darstellung als „grossen Fortschritt" im Nahen Osten bezeichnet, aber seine Hoffnungen sind durch die extremen Erklärungen von Damaskus widerlegt worden.**

Der jordanische Aussenminister kommt nach Damaskus zur Vorbereitung der Vierer-Konferenz ein, die noch Anfang März in der syrischen Hauptstadt abgehalten werden soll und die Aufgabe hat, eine gemeinsame Strategie der an Israel angrenzenden Länder, im Hinblick auf den Kissinger-Besuch auszuarbeiten. Nach einer Meldung aus Beirut soll jedoch die Konferenz in Amman abge halten werden.

Kairo meldete, dass ein Besuch Arafats in Aegypten zwecks Besprechungen mit Sadat unmittelbar bevorstehe. Der ägyptische Aussenminister Fahmi erhielt von Gromyko eine weitere Note, die offensichtlich die Reaktion auf Fahmis Antwort auf die vorige sowjetische Note darstellt.

TERRORISTEN GEGEN TEILLÖSUNG

Die PLO veröffentlichte gestern abend eine Erklärung, in der sie jede Teillösung auf dem Sinai scharf ablehnt. Eine Teillösung würde Verrat an der Sache des arabischen Kampfes darstellen.

TÖDLICHER UNFALL

Bei einem Verkehrsunfall bei Mischmar Ajalon wurde ein Soldat getötet und zwei wurden verletzt.

★ ★ ★

Nach den Ueberschwemmungen in El Arisch wurden bisher elf Leichen aufgefunden, von ihnen sechs Kinder.

EXPLOSION IN PETACH TIKWA

Eine kleine Sprengladung explodierte auf dem Markt in Petach Tikwa, wobei eine Ortseinwohnerin und ein Araber verletzt wurden. Verschiedene Verdächtige wurden festgenommen.

Allon unterstreicht Sondercharakter der Beziehungen zu Deutschland

(HM) — „Ich habe der Einladung von Aussenminister Genscher bereitwillig Folge geleistet und mich innerlich tief bewegt, auf den Weg nach Deutschland begeben", sagte gestern abend Vizeministerpräsident und Aussenminister, Jigal Allon in einer Tischrede beim Bankett, das Aussenminister Hans Dietrich Genscher in Bonn zu Ehren Allons gab.

Die Bereitwilligkeit zur Annahme der Einladung sei darauf zurückzuführen, dass sie von einem Freund komme, der eine freundschaftlich gesunnte Regierung vertritt, die auch demokratisch von einem Volke gewählt wurde, das sich der besonderen Verantwortung gegenüber der grössten Tragödie die dem jüdischen Volk je widerfuhr, bewusst sei.

Der israelische Aussenminister erinnerte unter Hinweis auf den Schmerz der Vergangenheit seinen Gastgeber daran, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel „einzigartig sind, sowohl mit Rücksicht auf ihre psychologische Wesensart als auch in ihrer politischen Struktur".

Nach Erwähnung der bevorstehenden Unterzeichnung eines bedeutsamen Wirtschaftsabkommens zwischen Israel und der EG, dessen Zustandekommen Israel auch d. Hilfe Deutschlands „und seines fähigen Vertreters, Aussenminister Genscher" verdanken könne, ging Allon zu einer Bewertung des Nahostkonflikts über. Der Sicherheitsratbeschluss 242 vom November 1967, habe seinerzeit Hoffnungen auf Verhandlungen zwischen den verfehdeten Parteien zur Beilegung des Nahostkonflikts erweckt. Wäre diese Resolution von verschiedenen Faktoren nicht gänzlich falsch ausgelegt worden, und dazu noch in einem Sinne, der der eigentlichen Absicht dieses Dokuments ausdrücklich widerspricht, **so hätte die Nahostregion schon längst den ersehnten Frieden haben können.** Israel sei zu Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden mit jedem seiner arabischen Nachbarn, ohne Ausnahme, bereit.

Nachdem Israel leider feststellen musste, dass die Bedingungen, zu einem endgültigen Frieden direkt zu gelangen noch nicht gegeben sind, habe es sich nun mit der Idee der schrittweisen Friedenssuche abgefunden.

Der erste Schritt — die Entflechtungsabkommen — ist bereits hinter uns, und nun sind wir daran mühevoll, gerade dieser Tage, den zweiten Schritt, in die Wege zu leiten. Würden sich nicht internationale Faktoren dazu hergeben, diese Bemühung zu torpedieren, und zwar durch die Aufwiegelung extremistischer Tendenzen, dann könne man die Aussichten auf politischen Fortschritt als gross bezeichnen.

Der Aussenminister beendete seine Rede mit der Hoffnung, dass die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung der Friedens- und Sicherheitspolitik Israels Verständnis entgegenbringen werde.

Aussenminister Allon hielt seine Rede auf Iwrit und den deutschen Teilnehmern des Banketts lag eine deutsche Übersetzung vor.

Aussenminister Genscher sagte bei dem Bankett, dass Bonn ausserordentlich an einer positiven Lösung des Nahostkonflikts interessiert sei. **Westdeutschland trete für einen gerechten Frieden im Orient ein und halte sich von einer einseitigen Einstellung fern.**

Nach der Darstellung von Genscher hat sich die Haltung der Bonner Regierung nicht geändert. Sie ist für volle Durchführung der Beschlüsse 242 und 338 des Sicherheitsrats, wobei das Lebensrecht Israels gewahrt werden muss. Bonn bekennt sich auch zu den Beschlüssen der Aussenminister der EG.

DEMONSTRATION GEGEN ALLON

In Bonn veranstalteten einige hundert Anhänger der PLO eine Demonstration gegen Allon.

Aussenminister Allon wird nach Beendigung seines Besuchs in Deutschland am Wochenende nach London kommen und mit Ministern zusammentreffen.

Mitte nächster Woche wird Aussenminister Dr. Kissinger seine Nahostreise mit einem Besuch in England beginnen.

1500 USA-FIRMEN AUF SAUDISCHER „SCHWARZER LISTE"

Senator Frank Church, der Boykottdrohungen der Araber gegen amerikanische Firmen untersucht, stellte fest, dass 1500 Firmen in den USA auf einer schwarzen Liste von Saudi Arabien wegen Verbindungen mit Israel stehen.

Präsident Ford betonte in einer Rede in Florida, er habe Anweisung gegeben, alle Fälle von Benachteiligung und Drohungen aus rassischen Gründen zu untersuchen. Ausländische Investoren seien in den USA willkommen, sie müssten sich jedoch an die Prinzipien der Gesellschaft in den USA anpassen.

Tote und Verletzte bei …usammenstoessen im Libanon

(R, AFP) — Ein Ge… …r libanesischen Armee …tötet und zwei Soldaten verletzt, als libanesische … in der Hafenstadt Zi… demonstrierenden Fi…usammenstiessen.

…Demonstrationszug der …wurde von dem früheren …tsabgeordneten, Mahuf …führt. Die Demonstranten …e Chaussee Zidon—Bei…kiert und benutzten …ff. Ein eintreffender Militärs wurde unter Feuer genommen, und die Demonstranten warfen Sprengkörper gegen die im Jeep sitzenden Soldaten. Die Soldaten reagierten auf das Feuer durch das Mahuf Saad leicht verletzt wurde.

Die Protestdemonstration der Fischer ist darauf zurückzuführen, dass die libanesische Regierung die Fischereirechte an eine grosse Handelsgesellschaft verpachten will, was nach Meinung der Fischer deren Existenzmöglichkeiten beeinträchtigen muss.

Nach Eingreifen des Militärs zerstreuten sich die Demonstranten. Sie bezogen jedoch Positionen auf Dächern der Häuser im alten Viertel der Stadt. Von dort aus warfen sie Handgranaten und schossen mit Schnellfeuergewehren um sich, um eine Terroratmosphäre in der Stadt zu schaffen. Die Einzelheiten dieses Zwischenfalles wurden in einem Communique der Armee genau dargestellt.

…ORISTEN SOLLEN …RE TAETIGKEIT EINSTELLEN

(AFP) — Die Demo…Sozialistische Partei im … die von dem Abgeord…Iman El Assad geführt …langt in einer Erlärung, … Terroristen ihre Tätig…ustellen haben, solange …emühungen im Gange … Partei ist im Parla…rch acht Abgeordnete …südlichen Libanon, ver…

STAATSPRAESIDENT KATZIR FUER ZWEI WOCHEN NACH DEN USA

Jerusalem (HM) — Staatspräsident Prof. Efraim Katzir, begab sich heute früh in Begleitung seiner Ehegattin zu einem vierzehntägigen Besuch in die USA.

Prof. Katzir wird am 3. März von Präsident Ford im Weissen Haus in Washington empfangen werden. Der Präsident wird auch der Eröffnung der alljährlichen Israel Bonds-Konferenz in Miami (Florida) beiwohnen. Eine Anzahl amerikanischer Universitäten wird ihm Ehrendoktorate verleihen, und Prof. Katzir wird auch in der Yeshiva-University und dem Jewish Theological Seminary in New York zu Gast sein.

Im Laufe seines Aufenthalts wird der Staatspräsident mit Führern der jüdischen Gemeinschaft und Persönlichkeiten des kulturellen und öffentlichen Lebens Besprechungen haben.

Der Präsident wird vom Leiter seines Amtes, Gideon Schomron, und seinem Militäradjutanten, Oberst Israel Jarkoni, begleitet. Frau Katzir wird von Frau Jehudit Melamed, vom israelischen Aussenministerium, betreut.

Während der Abwesenheit des Staatspräsidenten wird der Vorsitzende der Knesset, Israel Jeschajahu, als stellvertretender Staatspräsident fungieren.

DER AUSSENMINISTER BESUCHTE ZUERST DACHAU

Aussenminister Allon hatte gestern seinen offiziellen Besuch in Deutschland begonnen, der insgesamt drei Tage dauert. Nachdem er in München eingetroffen war, flog er von dort nach Dachau weiter und besuchte die jüdische Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Dachau. Allon zeigte tiefe Ergriffenheit und las bei der Feierstunde am Orte Stellen aus der Bibel vor.

Die deutschen Behörden hatten anlässlich des Besuches von Aussenminister Allon in Dachau schärfste Sicherheitsmassnahmen ergriffen. Fünfhundert uniformierte Polizisten und 100 in Zivil hatten die notwendigen Absperrungsmassnahmen vorgenommen. Allon kam in einem Convoy von fünf Helikoptern nach Dachau. Von dort flog er dann in einer Maschine der deutschen Bundeswehr nach Bonn weiter.

ERSTE ARBEITSSITZUNG IN BONN

Sofort nach seinem Eintreffen in Bonn hatte Allon seine erste Arbeitssitzung mit seinem deutschen Kollegen, Hans Dietrich Genscher. Die Situation im Nahen Osten und die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten, wurden eingehend besprochen.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

★ **Der britische Premierminister, Wilson, erklärte** im Anschluss an seinen Moskau-Besuch, dass England und die Sowjetunion bei der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie zusammenarbeiten würden. Die Anregung zu einer Kooperation auf diesem Gebiet sei von den Russen gekommen.

★ **Der frühere amerikanische Justizminister, Elliot Richardson,** wurde als USA-Botschafter in London vereidigt.

★ **Die Militärregierung von Äthiopien** erhob gegen Syrien erneut den Vorwurf, dass es sich in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens einmische und die Aufständischen in Eritrea unterstütze.

★ **Die Organisation der NATO** hat die Absicht, der Türkei Militärhilfe zu geben, nachdem die Vereinigten Staaten auf Grund eines Senatsbeschlusses die militärische Hilfeleistung an die Türkei eingestellt haben.

★ **Der indische Aussenminister** hat seinen Besuch in Washington abgesagt, weil die amerikanische Regierung das Waffenembargo gegen Pakistan aufgehoben hat. Indien sieht darin eine feindselige Handlung der Vereinigten Staaten.

DAS WETTER

Bewölkt, einzelne Regenfälle.

Temperaturen: Jerusalem 7—10, Tel Aviv 10—18, Haifa 12—16, Golan 5—11, Tiberias 11—20, Lod 8—18, Gaza 10—18, Beer Schewa 6—17, Ejlat und Golf Schlomo 12—23 Grad.

תל-אביב–יפו
TEL-AVIV - JAFO
P. P. — שולם
139

aus Israels PRESSE

SYRIEN ZERSTÖRT ILLUSIONEN

Maariw hält den Optimismus Kissingers für recht unangebracht. Kaum hatte „Newsweek" über eine Friedensbereitschaft Syriens berichtet, kommt schon ein Dementi aus Damaskus. Wieder wurde eine Illusion zerschlagen. Auf jeden kleinen Schritt vorwärts folgt ein grosser Schritt rückwärts.

SPANNUNG AM ROTEN MEER

Die **Jerusalem Post** befürchtet neue Spannungen im Nahen Osten, nachdem Äthiopien erklärt hat, dass die Araber das Rote Meer als ihr alleiniges Herrschaftsgebiet betrachten und daher die Eritreische Befreiungsfront unterstützen.

WEITER KRITIK AN DER STEUERPOLITIK

Im Unterschied zu den Morgenzeitungen, die ihre bereits am Vortag geäusserte Kritik am Budget und an den neuen Steuern fast wörtlich wiederholen, ergibt sich für **Jediot Achronot** ein neuer *Grund zur heftigen* Kritik: Warum musste gerade jetzt vor aller Welt deklariert werden, dass Israel unter finanziellen Schwierigkeiten leidet? Selbst wenn die Gründe, die Finanzminister Rabinowitz zur Verteidigung seiner Steuerpolitik anführte, den Tatsachen entsprechen, hätten diese nicht unbedingt am Vorabend der entscheidenden Vermittlungsrunde Kissingers mit aller Lautstärke verkündet werden müssen. Jetzt kann sich Israel wirklich nicht mehr gegen den amerikanischen Druck auf Nachgeben gegenüber *den Arabern wehren.*

Haarez fordert nochmals, das Budget zu kürzen und auf neue Steuern zu verzichten. Die Histadrut und die Industriellen sind im Recht, wenn sie sich auf die Vereinbarungen berufen, nach denen *zumindest bis zum* Monat Juni keine Steuererhöhungen in Kraft treten sollten.

Dawar besteht auf der Forderung, die neue „Arbeitnehmersteuer" nochmals zu überdenken, weil diese jeder Logik widerspricht und *nur zu Arbeitslosig*keit führen kann. Der Finanzminister muss schon jetzt mit heftigem Widerstand in der Knesset gegen seine ganze Steuerpolitik rechnen.

Al Hamischmar bedauert, dass Vorberatungen *mit der Histadrut* und auch mit der Mapam unterlassen worden sind. Jetzt kann nur noch eine sofortige Teuerungszulage die Situation retten. Ausserdem sind Sofortmassnahmen gegen eine wachsende Ar*beitslosigkeit einzuleiten.*

Hazofe bezeichnet die bisherige Regierungspolitik als gescheitert. Strengste Geheimhaltung der geplanten Beschlüsse sollte die wahre Situation überdecken, führte aber letztlich zu einem *spürbaren Vertrauensverlust* bei der Bevölkerung.

Hamodia kritisiert die Methode, die ganze Last der Finanzierungsschwierigkeiten der Regierung auf die Öffentlichkeit abzuwälzen und vor allem die Kleinverdiener und Pensionsempfänger zu benachteiligen. Das ist antisozial und kann nur als Purimscherz verstanden werden: Alles wurde auf den Kopf gestellt.

Omer erwartet aus der neuen Steuerpolitik nur eine weitere Verschlechterung der Situation. Die Histadrut sollte jetzt wenigstens die Entlassung überzähliger Beamter befürworten.

Wesentliche Erhöhung der Postgebühren vorgeschlagen

Nicht nur um *20%*, sondern bis zu mehr als 50% sollen sich die Postgebühren nach dem Vorschlag, der jetzt dem Finanzausschuss der Knesset zur Bestätigung vorliegt, verteuern.

Die Anlage eines neuen **Telefonanschlusses**, die jetzt bereits 900 IL kostet, soll künftig mit 1.200 IL berechnet werden. Zugleich erhöht sich die monatliche Grundgebühr in den drei grossen Städten von 25 IL auf 36 IL und in den anderen Bezirken des Landes von 18 IL auf 26 IL. Das gewöhnliche Ortsgespräch soll anstelle von 26 Ag. dann 32 Ag., zusammen mit der Sicherheitsabgabe von 25% also 40 Ag. kosten.

Zugleich wurde eine Erhöhung aller **Porto-Tarife** für Inlandssendungen vorgeschlagen: Gewöhnliche Ortsbriefe 35 — 45 Ag. (statt 25 Ag.), Postkarten 30 — 35 Ag. (statt 20 Ag.), Drucksachen 18 — 22 Ag. (statt 12 Ag.), Büchersendungen 1 IL (statt 60 Ag.), Pakete 6 — 7 IL (statt 4 IL), Einschreibgebühr 1.50 — 2.50 IL (statt 1.20 IL), Expressbeförderung 4 — 4.50 IL (statt 3 IL). Mindestgebühr für Telegramme 7 — 8 IL (statt 5 IL).

Die Gebühren für Auslands-Postsendungen sollen jedoch nicht nochmals erhöht werden.

Durch diese vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen würden sich die Einnahmen des Kommunikationsministeriums um jährlich 235 Millionen IL vermehren. Bei der letzten Tarifverteuerung im Monat April 1974 waren die Gebühren bereits um durchschnittlich 22% gestiegen.

Sochnut ueberprueft erneut das Wohnrecht Ben-Natans in Chemed

Kreise der Religiös-Nationalen Partei bezichtigen die Sochnut, dem RNP-Sekretariatsvorsitzenden **Raphael Ben-Natan** das Wohnrecht im Moschaw Chemed bei Or Jehuda streitig zu machen.

Ben-Natan wohnte bis zum Jahre 1964 in dieser Siedlung und verlegte dann seinen ständigen Wohnsitz nach Rischon Lezion. Dort erhält er jedoch für seine Familie eine Reihe von *Sondervergütungen*, die Moschawbewohnern gewährt werden.

Vor etwa drei Jahren hatte die Sochnut, mit der Mietverträge in landwirtschaftlichen Siedlungen abgeschlossen werden, die Räumung des Hauses beim Amtsgericht Ramle eingeklagt. Diese Klage kam jedoch nie zur Verhandlung, angeblich auf Verlangen der RNP-Minister. Inzwischen zog die Familie eines Dozenten an der Bar Ilan-Universität in das zuvor von Ben-Natan bewohnte Haus ein, weshalb die Räumung nicht mehr durchgeführt wurde. Zugleich wurde der Sochnut versichert, dass dieses Haus in Chemed für den ältesten Sohn Ben-Natans reserviert bleiben soll, der damals im Militärdienst stand, aber innerhalb eines Jahres in den Moschaw übersiedeln wollte.

Arie Moalem, der Leiter der Sochnut-Abteilung für das Vertragswesen, versicherte, dass die Sochnut keine genauen Angaben über die Vorgänge in diesem *Haus erhalten hatte. Sie wird je*doch jetzt die ganze Angelegenheit nochmals nachprüfen und zur Entscheidung bringen lassen.

Auslandsauftrag von »Rassco« mit Schwierigkeiten verbunden

Die israelische Baugesellschaft „Rassco" kann bei einem Auslandsprojekt Millionenbeträge einbüssen, wird in Wirtschaftskreisen befürchtet. Der Devisen-Kontrollkommissar des Finanzministeriums hat bereits eine genauestens detaillierte Berichterstattung angefordert.

Es handelt sich hierbei um einen Riesenauftrag in Höhe von Hunderten Millionen Dollar „in einem fremden Land", angeblich im Iran. Hieran ist „Rassco" mit einem Sechstel und der deutsche Geschäftsmann Ignaz Bubis mit einem Drittel beteiligt, während sich die übrigen Anteile in den Händen örtlicher Baugesellschaften befinden. Inzwischen haben sich d. Baukosten in jenem Land derart verteuert und die Behörden jenes Landes zudem eine Entschädigung für diese Teuerungen verweigert, sodass „Rassco" in ernstliche Zahlungsschwierigkeiten geriet.

Als „Rassco" vor vielen Jahren diesen Auslandsauftrag übernahm, wurden die Gesamtkosten mit etwa *40 Millionen* Dollar berechnet. Nach Angaben des „Rassco"-Generaldirektors Jigal Weinstein investierte seine Gesellschaft zunächst nur 800.000 Dollar in bar und weitere drei Millionen Dollar in Wechselverpflichtungen. Der Umfang der Projekts wurde aber bald auf 120 Millionen Dollar erweitert, etwa 30 Millionen Dollar jährlich bei einer Gesamtbauzeit von vier Jahren. Doch jetzt stellt sich heraus, dass eine Investition von etwa 350 Millionen Dollar erforderlich wäre.

Das Finanzministerium hatte vor etwas mehr als einem Jahr eine Devisensumme bis zum Höchstbetrag von vier Millionen Dollar für dieses Projekt zur Verfügung gestellt. „Rassco" hatte bis jetzt zwar nur 3.2 Millionen Dollar aus diesem Fonds in Anspruch genommen — so jedenfalls nach der Darstellung der Leitung — dürfte aber jetzt mit der bewilligten Höchstsumme *nicht auskommen. Dieser Betrag* soll schon jetzt als Verlustposten gelten. Wenn sich diese Vermutung nach der Vorlage des Berichts bestätigen sollte, wird das Finanzministerium erwägen, „Rassco" zur Aufgabe des ganzen Projekts zu veranlassen.

„Rassco" beruft sich auf den grossen Erfolg seiner bisherigen Auslandsaufträge und gibt zu bedenken, dass alle Inlandsaufträge mit grossen Gewinnen abgeschlossen wurden. Diese Feststellung gilt auch für die Wohnungen, die für jungverheiratete Ehepaare gebaut wurden. In den nächsten Tagen soll die Jahresbilanz veröffentlicht werden, die all diese Tatsachen bekräftigt.

Die Leitung der Rassco veröffentlichte später eine Erklärung, in der sie feststellt, dass die Informationen über das Ausmass des beanstandeten Bauprojekts und über die Verantwortung der Rassco für dieses nicht zutreffen. ***Der Bauunternehmer hat inzwi*schen die Preisanschläge für das Projekt berichtigt und nach Feststellung der Rassco sind auf Grund dieser Aenderung keine Verluste zu befürchten.**

Die Beteiligung der Rassco an ***dem ganzen Unternehmen ist be*grenzt und kann sich nach den vorliegenden Vertägen auf höchstens vier Mio. Dollar belaufen. Bis heute hat die de facto Anteilnahme der Gesellschaft an dem Bauprojekt die Summe von** ***vier Millionen Dollar noch nicht*** **erreicht.**

Der Generaldirektor der Rassco, Weinstein, betonte in einem Interview, dass keine Verluste zu erwarten wären. Auf die Frage nach der Höhe möglicher Gewinne, ***wollte er sich nicht*** **äussern und beschränkte sich auf die Angabe, sie seien „angemessen."**

UNIVERSITÄT TEL AVIV MEDIZINISCHE FAKULTÄT
ehrt das Andenken von Frau

MIRJAM GRIFFEL ז״ל

die am 21.2.75. באדר תשל״ה verschieden ist
und ihren Körper der Wissenschaft vermacht hat.

Mit tiefem Bedauern geben wir das Hinscheiden des Mitgliedes unseres Aufsichtsrates, Herrn

SCHIMON GUSTAV POLLAK

bekannt und sprechen den Hinterbliebenen unser Beileid aus.

Die Leitung der
MAKKABI-KRANKENKASSE

Neueste FILME

Vincent, Francois, Paul et les autres (Esther, Tel Aviv)

Ein langer Titel für einen recht unbefriedigenden Film. Die Menschen, die hier geschildert werden — es handelt sich ausschliesslich um Charakterschilderungen, eine Handlung gibt es nicht — sind durchwegs Versager im beruflichen und privaten Leben. Hauptpersonen sind drei Freunde: Vincent, Francois und Paul, dazu gesellen sich deren Ehefrauen und noch eine Unzahl anderer unbedeutender Leute. Die drei Freunde und ihre Familien treffen sich an jedem Wochenende und manchmal auch am Abend in irgendeiner Bar oder Geselligkeit und es geh[t] dabei immer sehr laut und tumultiös zu. Die äussere Ausgelassenheit und scheinbare Fröhlichkeit verbergen aber den Trio ihre Sorgen und Nöte. E[s] erweist sich, dass die angeblich[e] Kameradie *nichts als eine* Ge[-]wohnheit ist, ein beinahe zwangsläufiges Zusammenstecken un[d] Sichabschützen vor der innere[n] Isolation, die sie im Grunde ge[-]nommen von einander trennt.

Bei einer ihrer üblichen Zusammenkünfte erfährt Vincen[t], ein kleiner Industrieller, dass se[i]ne Fabrik bankrott ist und da[ss] seine Frau (Stephane Audran[)], von der er getrennt lebt, ih[n] endgültig verlassen will. Fran[-]cois (Michel Piccoli) ist Arzt, de[r] aber nur an Geldverdiene[n] denkt. Auch ihn verlässt sei[ne] Frau (Marie Dubois). Paul (Se[r-]ge Reggianni) ist ein erfolgl[o-]ser Schriftsteller und Journalis[t] aber seine Ehe ist wenigste[ns] *im Ordnung. Dass die Ehen d*[er] beiden anderen in die Brüch[e] gehen, liegt daran, dass d[ie] Fünfzigjährigen sich einbilde[n,] noch jugendlich und frisch z[u] sein, aber ihre wirklich noc[h] jungen Frauen nicht befriedige[n] können. Als *Vincent* sein[e] Freund Francois um eine Anle[i-]he zur Verhinderung des Ban[k-]*rotts* angeht, stösst er auf tau[be] Ohren. Ueberhaupt merken [die] Freunde allmählich, dass kein[er] die Sorgen des anderen verste[ht] oder verstehen will; sie geh[en] sich gegenseitig auf die Nerv[en] und dennoch fahren sie fort, z[u-]*sammenzukommen.* Irgendw[ie] empfinden alle, dass Erfolg u[nd] Misserfolg im Leben nicht a[uf] Freundes Hilfe beruht, sonde[rn] dass man in der eigenen Schw[ä-]che das Uebel suchen muss.

Es ist ein Film von Allta[gs-]menschen und ihr Verhalten [und] ihre Probleme sind uns nicht [un-]bekannt. Aber warum Regiss[eur] Claude Sautet („Les Choses [de] la Vie", „César et Rosali[e"] diese keineswegs dramatisc[hen] oder tragischen Vorgänge auf [die] Leinwand mit soviel Lautstä[rke] produzieren musste, ist mir u[nerf]indlich. Das Beste an dies[em] *Film ist, Yves Montand* zu be[ob-]achten und zu sehen, wie sich [in] seinem sorgenvoll zerfurch[ten] Gesicht vorgetäuschte Lebens[lust] und echte Lebensangst übers[chnei-]len. — F

Von unseren Lesern und ihren Kreisen...

„BERLINER" FEIERN PURIM

Die Anführungsstriche, die das Wort Berliner begleiten, stellen in keinem Falle eine Abwertung dar, sie sollen nur andeuten, dass bei der von grossen Massen besuchten Purimveranstaltung der **Vereinigung ehemaliger Berliner** die eigentlichen Berliner in absoluter Minderheit waren. Juden aus aller Herren Länder hatten sich angesammelt — sowohl aus dem „Altreich" als auch aus den Gebieten der ehemaligen Habsburger Monarchie. Dies ist ein neuer Beweis dafür, welches Bedürfnis für Veranstaltungen dieser Art besteht. Sie werden eben besucht, gleich welcher Name einer Landsmannschaft oder einer Her*kunftsvereinigung auf der Ein*ladung verzeichnet ist.

„Purim trotz allem" — beherrschte den Abend, und es war zu bewundern, wie die Besucher alle Tagessorgen von Kissinger bis zu den neuen Steuern vergassen und nur an Freude und Tanz dachten. Einen wesentlichen *Beitrag zum Gelingen des* Abends leistete **Fredi Durra** (einer der Besucher bemerkte wehmütig: „Der letzte dieser Art"), der mit alten Programmen (viel Nostalgie) und einer Vorschau auf ein neues die Besucher in Stimmung und zum herzlichen Lachen brachte. Wenn wir ihn mit manchen ausländischen Gastkünstlern vergleichen, die Israel besuchten, dann schneidet er — gelinde gesagt — sehr, sehr gut ab.

Obwohl es ein Abend ohne Politik und nur Purim gewidmet war, empfand man das Feh*len folgender Worte, die in eine* Einleitungsrede gepasst hätten: Die Vereinigung ehemaliger Berliner' veranstaltete ihr Fest in einer Woche, in der zum ersten Male zwei prominente Vertreter Israels die Sache unseres Staa*tes auf dem Boden Berlins ver*fochten haben. Ferner: Unsere Sympathie gilt Berlin, weil diese Stadt und ihr Bürgermeister Klaus Schütz unserem Lande eine Freundschaft entgegenbringen, wie sie fast ungewöhnlich geworden ist.

Die Vereinigung ehemaliger Berliner kann jedenfalls mit dem Echo, das ihre Veranstaltung gefunden hat, sehr zufrieden sein.

J. E. P.

PURIMFEIER DER CENTRA

In dem bis zum letzten Platz gefüllten Gil-Saal in Tel Aviv feierte die CENTRA — der Zusammenschluss der Landsmannschaftsverbände — in diesem Jahre *Purim*. Eine ausgezeichnete Kapelle sorgte für gute Stimmung, sowohl die Genüsse gastronomischer als auch jene zerstreuender Art waren durchaus erfreulich.

Eine schöne Tombola brachte *Gewinne* — und Enttäuschungen, besonders glücklich waren die Gewinnerinnen der beiden **Lufthansa-Flugbillets** nach Frankfurt, die persönlich vom Direktor der Lufthansa in Israel Herrn **Fischer**, übergeben wurden. Das Wort nahmen ausserdem **Dr. Kaufmann, E. Freudenthal** und **E. Looser** als *Repräsentanten* der CENTRA.

n. i.

BETRIEBSRAETE SCHARF GEGEN DIE REGIERUNG

Korrespondenten des Rundfunks befragten gestern Mitglieder von Betriebsräten im Bezirk Dan über ihre Meinung zu den letzten steuerlichen Massnahmen.

*Einige erklärten, dass die Ar*beiter erregt seien und nicht einsehen könnten, warum sie wieder belastet werden. Einer der Befragten sagte Demonstrationen voraus und diese könnten eine gefährliche Wendung nehmen. *Einer der Teilnehmer an der* Umfrage richtete Vorwürfe nicht nur gegen die Regierung wegen ihrer letzten Massnahmen, **sondern auch gegen die Histadrut**

*Die jetzt getroffenen Massnah*men sind das Ergebnis einer seit langem betriebenen falschen Wirtschaftspolitik an der sowohl die Regierung als auch die Histadrut die Schuld tragen. **Alles müsse nach seiner Meinung geändert werden.**

Bemerkenswert war, dass bei keinem der Befragten der Name bekannt gegeben wurde und dass auch nicht gesagt wurde, zu welchem Betrieb er gehöre.

LANDESPANORAMA

Die Tel Aviver Stadtverwaltung hat ihren früheren Beschluss annulliert, nach dem sie in diesem Jahre den Schülern nicht mehr Schulbücher und Schreibmaterial liefern wollte. Das bisherige System wird — nach scharfen Protesten der Eltern — für die 1.—7. Klasse beibehalten, aber vom kommenden *Jahre ab* will die Tel Aviver Stadtverwaltung doch Änderungen vornehmen.

Bürgermeister Almogi bemüht sich, die Zustimmung der Regierung zum Bau einer medizinischen *Fakultät im Rahmen der* Universität Haifa zu bekommen. Ein Spender hat für diesen *Zweck* 10 Millionen IL zugesagt. Er will jedoch seine Spende zurückziehen, wenn der Bau des Gebäudes nicht bald in Angriff genommen wird.

In Beer Schewa wird in den nächsten Jahren ein komplettes modernes Kanalisationsnetz fertig gestellt werden, das zum Teil vom Staate, zum Teil aus Mitteln d. Weltbank finanziert wird.

Eine Verkehrsrevolution ist auf der Höhe von Golan festzustellen. Während es dort 1967 nur 17 Autos gegeben hatte, sind es heute über 500. Jede dritte *drusische Familie besitzt ein* Auto.

Laut Anordnung des Obersten Gerichtes konnte gestern der erste ernannte Ortsrat des Dorfes Deir el Assad im Galil nicht seine erste Sitzung abhalten. Zwei *Einwohner des Ortes (unter ihnen* ein Anwalt) hatten eine Verfügung erwirkt, laut der das Innen*ministerium klarlegen soll*, warum nicht richtige Wahlen in Deir el Assad stattfinden sollen. Um die Frage der Schaffung einer Kommunalverwaltung sind im Dorfe seit Jahren scharfe Konflikte im Gange.

Oesterreichs Landesverteidigungs-Minister besucht Betriebe der Militaer-Industrie

Der österreichische Minister für Landesverteidigung Karl Ferdinand Lütgendorf wird während seines viertägigen Besuchs in Israel eine Reihe von Betrieben der Militär-Industrie besuchen, vor allem in d. Absicht, Erfahrungen beim Aufbau solcher Betriebe zu sammeln.

Der Minister würdigte die israelischen Errungenschaften beim Aufbau einer entfalteten und fortschrittlichen Militärindustrie. Nach seinen Worten verfügt Österreich heute noch nicht über einen solchen voll ausgebauten Industriezweig. Es sind jedoch schon eine *Reihe* von Gegebenheiten hierfür vorhanden, vor allem entfaltete Industriebetriebe zur Produktion von Fahrzeugen, von leichter Munition und von Kommunikationsgeräten. Er hält es durchaus für möglich, zu einer **engen Zusammenarbeit zwischen Israel und Österreich auf dem Gebiet der Militärindustrie zu gelangen.** ***Allerdings wird Israel*** hiervon weniger profitieren, weil gerade jene Industriezweige, über die Österreich verfügt, in Israel schon voll ausgebaut sind. Es ist ihm daher vor allem daran gelegen, aus den Erfahrungen zu lernen, die Israel schon innerhalb kürzester Zeit sammeln konnte.

Minister Lütgendorf kam als Gast des israelischen Verteidigungsministers Schimon Peres, der ihn zusammen mit der ös[ter]reichischen Botschafterin Johanna Nestor und Offizie[ren] des österreichischen Konting[ents] der UN-Einheiten auf dem [Ben] Gurion-Flughafen in Lod e[mp]fing.

„Das österreichische Volk [ist] bereit, seinen Beitrag zur W[ah]rung der Freiheit und des F[rie]dens zu leisten und darum [sen]den wir unsere Soldaten in [die]sen Bereich und auch nach [Zy]pern", erklärte der Minister[.] fügte hinzu, dass die österrei[chi]schen Soldaten solange im [Ent]flechtungsbereich zwischen Is[rael] und Syrien verbleiben wer[den,] wie ihre *Anwesenheit* erfor[der]lich ist.

In Beantwortung einer w[eite]ren Frage versicherte Min[ister] Lütgendorf, dass die österrei[chi]sche Regierung durchaus in [der] Lage sei, die Sicherheit der [jüdi]schen *Einwanderer* aus der [So]wjetunion, die sich im Wi[ener] Transitlager aufhalten, zu [ge]währleisten.

…AS WORT HAT DER LESER

…BERSCHÄNDUNGEN IN JOKNEAM

…nn Hans Habe geschrie…t, Israel sei eine „Demo… mit gastronomischer Dik… hat er geirrt. Er hätte …en müssen: „Eine Dikta… Rabbinats von der Ge…s über das Grab hinaus: …den demokratischen Cha…der überwiegenden Mehr…r Bevölkerung", die die…ctatur wehrlos preisgege…

…Grabschändungen in Jok…nd ein typisches Beispiel, … bloss irgend ein zufälli…zelfall.

…ist selbstverständlicher … bei allen Völkern der …ass die Gestaltung der …ngsstätten den nächsten …igen der Toten überlas…len, soferne sie nicht der …hen Ordnung und Sitt… widersprechen. —

…Gesetze aller Kulturstaa…n in jeder Beschädigung … sonstigem Unfug bei …ten das Delikt der …händung", das strenge … wird, so z.Bsp. in den … deutsches Strafgesetz, …erreichisches und 262 …r StGes.

…r werden als Heiligtü…esehen; selbst bei nicht…: Menschen haben sie ei… mythischen Charakter … vor allem für die Ver… GEDENKSTÄTTEN! …händungen bereiten da… Angehörigen einen un…ren Schmerz. … deshalb ist strengste Be… dringend notwendig.

…lich der Sprache der …rriften gibt es nirgends …ikungen, insbesondere … neben der Landes… in einer Fremdsprache …gt werden. Auch in …munistischen Staaten ha… auf den Grabsteinen In… in allen nur denkbaren … feststellen können, ja …e die Landessprache: in …disch, Deutsch, Rumä…f.

…ein Akt schändlichster …, wenn sich sogenann… …IGIÖSE INSTANZEN" …t anmassen, solche In… zu verbieten, ja sogar …ts vorgenommenen in …barer Weise entfernen …

…t vorgenommenen Fal… es sich zeigen, ob die …ische Regierung des …and Kulturstaates Israel …and reagieren wird.

Dr. Meier Teich

Lieferantenverträge werden jetzt gesetzlich überwacht

Von DAWACH

An sich hat der Rechtsberater der Regierung schon seit langem das Recht, von allen Lieferfirmen ein Exemplar ihres Rahmenvertrags anzufordern. Es geht ihm vor allem darum, den Vertrag daraufhin zu überprüfen, ob er keine Sonderklauseln enthält, die eine Begrenzung der Garantieverpflichtung zum Inhalt haben. In diesem Falle war der Rechtsberater der Regierung verpflichtet, einen solchen Rahmenvertrag durch Gerichtsbeschluss für ungültig erklären zu lassen.

Es hat sich jedoch herausgestellt, dass nicht alle Lieferfirmen der Verpflichtung nachkamen, das vom Rechtsberater angeforderte Vertragsformular einzusenden. Daher kommt jetzt eine Berichtigung des gesetzlichen Rahmens. Die Lieferanten werden verpflichtet, ein Exemplar ihres Rahmenvertrags innerhalb von zehn Tagen nach der Anforderung dem Rechtsberater zuzusenden. Unterlassen sie diese Verpflichtung, können sowohl der Rechtsberater der Regierung wie auch der israelische Konsumentenausschuss eine gerichtliche Auflage beantragen. Ein Lieferant kann im Falle der Verweigerung der Vertragseinsendung mit einer Geldstrafe von 5.000 IL und je 50 IL für jeden weiteren Tag der Verzögerung bestraft werden.

KAMPF GEGEN JEDE BESTECHUNG

Ein Magazinverwalter des Touristikministeriums hatte von einem Lieferanten eine Anleihe **von nur 10 IL mit der Absicht der Bestechung** erhalten. Ein Bezirksgericht verurteilte den Beamten wegen dieses Vergehens zu einer Gefägnisstrafe von drei Monaten.

Nach seiner Entlassung aus der Haft musste der Beamte auch vor dem Disziplinarausschuss seines Ministeriums erscheinen. Dort wurde beschlossen, dass er fünf Jahre lang keine Funktion ausüben darf, die mit Geldangelegenheiten verbunden ist, und dass er auch kein Gehalt für die drei Monate erhält, die er im Gefängnis zubrachte.

GEHALTSANSPRUCH DER KNESSETABGEORDNETEN

Ein Knessetabgeordneter hat auch dann Anspruch auf volle Vergütung, wenn er nicht an **allen Sitzungen teilnimmt.**

Diese Entscheidung traf das Oberste Gericht in Beantwortung einer Forderung an den Knessetvorsitzenden und an den Vorsitzenden der Knesset-Finanzkommission, das Gehalt jener Abgeordneten zu kürzen, die nicht zu allen Sitzungen kommen.

BERUFUNGSINSTANZ BERICHTIGT URTEIL

Ein irrtümlich abgefasstes Urteil kann **nur im Berufungsverfahren berichtigt werden,** entschied Oberrichter Mosche Landau.

Zur Beratung kam das Urteil eines Bezirksgerichts zugunsten eines Grundstückeigentümers, dem nach der ursprünglichen Fassung sowohl eine Entschädigung wie auch Zinsen zu zahlen waren. Zwei Wochen nach der Urteilsverkündung gelangte der Bezirksrichter zu der Überzeugung, dass kein Rechtsgrund für die Zinsforderung vorlag und berichtigte sein Urteil ohne neue Verhandlung in diesem Sinne. Wie das Oberste Gericht betonte, kann eine solche „Berichtigung" aber keinesfalls auf diese Weise erfolgen.

KEINE AUTOMATISCHE KOSTENBEFREIUNG

Wer in einem Strafverfahren im Sinne der Anklage freigesprochen wird, kann nicht in jedem Falle auch **die Übernahme der Anwaltskosten durch die Staatskasse** fordern. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts bleibt es der Erwägung des Richters überlassen, ob er in seinen Freispruch auch die Befreiung von den Kosten für die Verteidigung des Angeklagten aufnimmt.

Gewöhnlich übernimmt die Staatskasse nur dann die Zahlung der Anwaltskosten, wenn sich erwiesen hat, dass die erhobene Anklage offensichtlich oder zumindest mit grosser Wahrscheinlichkeit jeglicher Grundlage entbehrte.

SCHADENERSATZ NACH NETTO-EINNAHME

Ein selbständiger Arbeitnehmer, der für einen Unfallschaden entschädigt werden muss, **kann nur seine Netto-Einkünfte als Berechnungsgrundlage** fordern. Nicht der Brutto-Verdienst und nicht der Rohgewinn, sondern nur die Einnahme, die nach allen Steuerabzügen, Versicherungsbeiträgen und sonstigen Ausgaben-Abzügen übrigbleibt, stellt die wahre Einnahme für die Berechnung der Entschädigungssumme dar.

Auch diese Grundsatzentscheidung fällte das Oberste Gericht.

RELIGIONSAUSSCHUSS AUF RECHTSGRUNDLAGE

Der Religionsminister soll jetzt gesetzlich bevollmächtigt werden, **die Bildung regionaler Religionsausschüsse anzuordnen.**

Diese Neuregelung kommt vor allem kleineren Siedlungen zugute, die an religiösen Dienstleistungen interessiert sind, aus Mangel an Budgetmitteln aber keinen örtlichen Religionsausschuss bilden können. Zusammen mit anderen Siedlungen in ihrer Nachbarschaft können diese nun die religiösen Anliegen in einem Regionalausschuss zur Beratung bringen, dessen Vollmachten denen eines Ortsausschusses entsprechen. Auch die Ausschussmitglieder (vom Religionsministerium vorgeschlagene Regierungsbeamte, Vertreter des allgemeinen Bezirksausschusses und Vertreter der einzelnen Siedlungen) werden nach dem bei örtlichen Religionsausschüssen üblichen Verfahren ernannt.

DER KONDITOR UND DAS CORPUS DELICTI

Die Geschichte vom schlauen Konditormeister, die schon vor vielen Jahren in Süddeutschland erzählt wurde, hat jetzt ein israelisches Gegenstück gefunden.

Vor einem Amtsgericht im Galil wurde über die Anzeige gegen einen Konditor verhandelt. Irgendein Käfer hatte sich auf einer Torte niedergelassen und war als **Fremdkörper mitgebacken worden.** Die beanstandete Tortenschnitte befand sich als „Corpus delicti" auf dem Richtertisch. Der Vertreter der Lebensmittel-Aufsichtsbehörde und auch der beschwerdeführende Tortenkäufer hatten sich bereits geäussert. Dann erhielt der angeklagte Konditor das Wort. Er besah sich grüdlich den Beweisgegenstand und erklärte schliesslich mit aller Deutlichkeit, dass es sich nicht um einen ‚Fremdkörper' handelt — ein paar Sultaninen sind ganz einfach zusammengeklebt und sehen nun wie ein Käfer aus. Um keinen Zweifel mehr übrigzulassen, steckte der Konditor die beanstandete Tortenschnitte schnell in den Mund und verzehrte sie mit sichtlichem Appetit. „Es waren wirklich nur Sultaninen", verkündete er dann hocherfreut. Natürlich musste er freigesprochen werden — „mangels Beweisen".

Die Religiösnationalen auf Bildschirm-Safari

Von AVI BEN-ARZI

Freie Tribüne

Die Leitung der Religiösnationalen Partei hat Beschwerden über das Fernsehen vorgebracht. Na und, möchte man fragen, wer tut das nicht? Doch sobald es eine solch einflussreiche und zudem in der Regierung übervertretene Partei wie die RNP ist, sollte man aufhorchen. Was haben denn die, die ja schon genung mehr als genug für viele, Einfluss auf die halbstaatlichen Massenmedien haben, denn noch zu reklamieren.

UNBERECHTIGTE BESCHWERDEN

Die Religiösen werden laut Meinung der RNP im Radio und Fernsehen benachteiligt. Eigentlich müsste man diesen Satz zweimal schreiben, denn er wirkt so unglaublich, dass er bei erster Lektüre nicht fassbar ist. Aus ihm ergibt sich die Frage an die Herren Burg, Raphael, Hammer und Co: Wo in aller Welt gibt es derart viele Fernsehsendungen für Religiöse und über Religion wie in Israel? Die ehrliche Antwort muss lauten: nirgends.

Tatsächlich nimmt das Thema Religion im israelischen Fernsehen einen für normale TV-Anstalten ungebührlich breiten Raum ein. Doch vielleicht ist eben bei uns alles nicht ganz so normal wie in anderen Staaten, sei das nun zum Positiven oder Negativen.

Doch es geht ja nicht nur um die eigentlichen Sendungen mit religiösen Themen, die zur Diskussion gestellt werden müssen. In dieser Zeitung — und in den anderen sicherlich auch — mehren sich die Klagen der Fernsehzuschauer über eine viel zu früh angesetzte Zweitausstrahlung von Sendungen, die erstmals am Freitagabend gezeigt wurden, wie zum Beispiel „Ich sing Dir ein Lied, mein Land". Die Klagen sind ohne Zweifel berechtigt, aber aus Rücksicht auf die religiösen Zuschauer sieht sich wohl die Sendebehörde gezwungen, weiterhin diesen einen solchen Vorzugsservice zu bieten, damit dieser Bevölkerungsteil nicht erst Jahre später, wenn die Mehrheit der Zuschauer die Sendung schon lange vergessen hat, in den Genuss derselben kommt.

Die Klagen der Religiösnationalen sind nicht nur unberechtigt, sie stellen im richtigen Licht gesehen eine ausgesprochene Herausforderung an die Wahrheit dar und mit eben dieser sollte man doch als gottesfürchtiger Mann schrecklich vorsichtig umgehen.

Doch es geht noch um mehr. Die Parteileitung hat Beschlüsse gefasst, die der angeblichen Benachteiligung ein Ende bereiten sollen. Was heisst das? Das heisst nichts anderes, als die Religiösnationale Partei nicht gewillt ist, eine der Grundsäulen einer jeden Demokratie, die freie Meinungsäusserung in den Massenmedien, anzuerkennen. In anderen Worten ausgedrückt meint der Parteientschluss nämlich nichts anderes, als dass die RNP gewillt ist, ihre Macht auszunützen, um massiven Druck auszüben.

FEHLENDES MEDIENVERSTÄNDNIS

Die RNP hat ebenso wie offensichtlich alle, oder zumindest der weitaus überwiegende Teil der israelischen Parteien, noch kein richtiges Verständnis für Medienpolitik. Bei ihr, wie bei allen anderen, kommt eine mit dem nun beschlossenen Vorstoss sichtbar gewordene Angst vor dem relativ neuen Medium Fernsehen dazu.

Es wäre eigentlich angebracht, dass die Parteien sich zuerst einmal prinzipiell mit den Medien befassen, bevor sie diese kritisieren. Und in Wirklichkeit geht es ja der RNP gar nicht um eine Benachteiligung der Religiösen im Fernsehen. Diesen Vorwurf lässt man quasi als Tauschgegenstand bei allfälligen, und hoffentlich unterbleibenden Verhandlungen über den leidigen Vorstoss fallen. Es geht den Religiösnationalen um die Tatsache, dass, so Chanoch Achima wörtlich, in den Nachrichten immer wieder „pikante Fälle, in die Religiöse verwickelt sind" behandelt werden.

Das scheint nur weit übertrieben. Da sollen also die Nachrichtenjournalisten des Fernsehens die wohl als einzige Schreiber in diesem Land ein kritisches journalistisches Denken, wie in den USA und Westeuropa üblich, an den Tag legen, dafür verantwortlich sein, dass es ausgerechnet Leute der Misrachi-Bewegung oder anderer der RNP nahestehenden Gruppierungen sind, die sich in finanzielle Affären verwickelt haben.

Wer, die Frage sei gestattet, hat denn Jitzchak Raphael, die Symbolfigur in den Augen vieler Bürger für eine anrüchige Art von Politik zu betreiben, denn zum Minister gemacht? Das Fernsehen oder die Religiösnationalen?

FUSSBALL

TOTO-VORSCHAU

Hakoah Makkabi Ramat Gan (9) — Betar Jerusalem (10): Nach dem letztwöchigen Sensationssieg gegen den Meister könnte es auch diesmal für die *Hakoah klappen.* Unser Tip: 1.

Betar Tel Aviv (11) — Makkabi Petach Tikwa (16): Die Gäste haben jede Hoffnung aufgegeben, daher eine klare Sache: 1

Hapoel Beer Schewa (1) — Bnej Jehuda (15): Der neue Leader sollte endlich auch zu Hause den richtigen Tritt gefasst haben: 1

Hapoel Kfar Saba (7) — Hapoel Petach Tikwa (13): Vieles spricht für einen Heimsieg, aber die Gäste darf man niemals unterschätzen, sie sind stärker als ihre Rangposition aussagt: X

Hapoel Chedera (8) — Hapoel Tel Aviv (14): Eigentlich gilt hier das Gleiche wie im vorherigen Spiel, ausser dass die Gäste noch mehr kämpfen werden, da ihnen das Abstiegsgespenst noch dichter auf dem Nacken sitzt: X

Hapoel Jerusalem (6) — Hapoel Haifa (4): Der an Wichtigkeit zweite Spitzenkampf, bei dem wohl der Heimvorteil entscheiden wird: 1

Schimschon (3) — Makkabi Netania (2): Wie immer dieser grosse Spitzenkampf ausgehen wird, freuen tut sich auf jeden Fall der Leader aus Beer Schewa, der sicherlich Nutzen ziehen wird. Beide Mannschaften scheinen ausgeglichen: X

Makkabi Tel Aviv (5) — Makkabi Jaffa (12): Die Gastgeber werden weiterhin auf ihrem Erfolgskurs bleiben: 1

Betar Netania (A/4) — Makkabi Haifa (A/1): Makkabi stellt die überragende Mannschaft der Nordgruppe und sollte eigentlich wiederaufsteigen: 2

Makkabi Chedera (A/5)—Hapoel Akko (A/2): Mit den Gästen dürfte sich der zweite Teilnehmer aus dieser Gruppe an den Aufstiegsspielen vorstellen: 2

Hapoel Beer Jaakow (A/9) — Hapoel Jahud (A/2): Für die *Gastgeber ein Spiel von Bedeutungslosigkeit,* für die Gäste geht es aber um die Wurst: 2

Hapoel Ramle (A/16) — Makkabi Schaarajim (A/6): Sollte der Sekretär des Arbeitsrates die Einheimischen wieder spielen lassen, so dürften sie trotzdem nicht zu mehr als einem Punkt kommen: X

Hapoel Marmorek (A/7) — *Makkabi Ramat Amidar (A/1):* Eigentlich eine klare 2, aber Marmorek hat ja das Fussballspielen sicherlich nicht ganz verlernt und irgendwo gibt es immer eine Uebertaschung: 1

NAMEN aus den Nachrichten

AEGYPTENS BOTSCHAFTER SCHASLI: Erteilt den Israelis Unterricht

Von Observer

Der frühere ägyptische Generalstabschef Schasli, der als Botschafter strafweise nach London versetzt wurde, hat von sich reden gemacht, als er vor dem Fernsehschirm in London zusammen mit dem israelischen Botschafter Rafael auftrat. Schasli sprach zwar mit dem Moderator bei dem Interview, enthielt sich jedoch jeder direkten Wendung an den israelischen Botschafter.

In einem Brief an die „Time" berichtete Schasli, dass man ihm wegen seines unhöflichen und starren Verhaltens Vorwürfe gemacht habe. Auf diese antwortet er mit folgenden Feststellungen: „Noch besteht Kriegszustand zwischen Ägypten und Israel. Die Feindseligkeiten werden nur mit Hilfe eines Waffenstillstandes mühsam aufgehalten. Dieser Zustand hält an, weil Israel immer noch nicht die besetzten Gebiete räumt und den internationalen Verpflichtungen nachkommt."

Über die politischen Erklärungen Schaslis kann man verschiedener Meinung sein, denn Israel deutet den Beschluss 242 des Sicherheitsrates ganz anders als die arabischen Länder.

Aber aus dem Verhalten des ägyptischen Botschafters haben wir einige Lehren zu ziehen.

Für ihn sind die Feindseligkeiten nur zurückgestellt, es herrscht noch Kriegszustand und er sieht in Israel weiter einen Gegner. Erst nach Erfüllung der arabischen Forderungen und nach wirklicher Regelung des Nahost-Konfliktes ist er bereit freundlich zu sein und einen „israelischen Botschafter zu begrüssen und sogar zu umarmen". Hier kann man Schasli kaum widersprechen, aber wir müssen uns fragen, **warum angesichts einer solchen Einstellung der Ägypter unsere Diplomaten gegenüber Arabern mit Freundlichkeitsbezeugungen um sich werfen müssen.**

Nicht nur die Ägypter haben Grund beleidigt und gekränkt zu sein. Wir vergessen zu leicht, dass die Ägypter und die Syrer Israel an seinem Heiligsten Feiertag 1973 **sinn- und zwecklos überfallen haben.** Den Syrern hat der ganze Krieg allein die Stadt Kuneitra eingetragen und den Aegyptern 20 km östlich des Suezkanals, **während Mosche Dayan ihnen schon lange vorher weit mehr Gebiete auf dem Ostufer des Suezkanals geben und friedlich die Eröffnung dieser Wasserstrasse erreichen wollte.**

Wenn ein ägyptischer Diplomat heute so reagiert, haben wir keine Veranlassung, ihm nachzulaufen und seine Freundschaft und Gnade zu suchen. Im Gegenteil, wir sollten uns genau so kühl und „sachlich" benehmen wie der Ex-Kommandeur Schasli. Im übrigen ist sogar Schasli seiner Regierung zu weit gegangen, denn Kairo hat den arabischen Diplomaten inzwischen generell gemeinsames Auftreten mit israelischen Botschaftern vor dem Fernsehen untersagt. Diese Tatsache sollten wir zur Kenntnis nehmen und uns vor übertriebenem, würdelosen Suchen nach Freundschaft zurückhalten.

5000 MARSCHIERTEN IM NEGEW

Rund 5000 Teilnehmer verzeichnete der traditionelle Negew-Marsch, der über eine Distanz von 30 km, von Misaaf Hanegew über Jerucham nach Dimona führte. Nur drei Marschierer **kamen nicht am Ziel** an.

Kuweit – Sozialstaat zwischen Minirock und Schleier

„Kuweit ist wie eine reife, saftige Pflaume, von der die Nachbarn erwarten, dass sie ihnen eines Tages in den Schoss fallen wird." So beschreibt ein westlicher Diplomat die Situation dieses kleinen Scheichtums am nördlichen Ende des Golfs, das heute der drittgrösste Erdölproduzent im Nahen Osten ist, aber nur aus einer einzigen Stadt und sehr viel Wüste besteht.

Eingeschlossen von den beiden arabischen „Bruderstaaten" Iark und Saudi-Arabien, die es beide gerne schlucken möchten, erscheint Kuweit wie eine politische Absurdität. Ein willkürlich abgestecktes Stück Wüste, sechsmal so gross wie Luxemburg, mit Jahreseinnahmen von über 50 Milliarden IL.

Die Politik des Scheichtums ist darauf abgestellt, seine Existenzberechtigung als selbständiges Mitglied der arabischen Welt zu beweisen. Schon lange mit einem erheblichen Überschuss an Petrodollars gesegnet, leistet es seit Jahren grossen Tribut an die Kriegskassen Ägyptens und Syriens und auch an Yassir Arafats Palästinensische Befreiungsorganisation. Kuweits winzige Armee schickte zwei Bataillone an die ägyptische und syrische Front gegen Israel. Der schon 1961 gegründete „Kuweit-Fonds für Arabische Wirtschaftliche Entwicklung" hält 23 Milliarden IL für Entwicklungsprojekte in der arabischen Welt und neuerdings auch in Afrika und Asien bereit.

SPARSAM MIT EINBÜRGERUNGEN

Mehr als die Hälfte der knappen Million Einwohner des Scheichtums haben nicht einmal die kuweitische Staatsbürgerschaft. Sie sind Palästinenser, Ägypter, Iraker, aber auch Perser, Inder und Pakistani. Diese 450.000 Gastarbeiter trifft man in allen möglichen Berufen an, vom Strassenkehrer bis zum Ministerial. Die mit den Segnungen eines Super-Wohlfahrtsstaats verwöhnten Kuweiti geben sich nicht mit niederen Arbeiten ab. Aber nicht einmal für die hohen und mittleren Posten in Wirtschaft und Verwaltung haben sie genügend qualifiziertes Personal. Doch selbst bei hohen „Gast-Beamten", die schon 25 Jahre im Lande sind, und auch bei deren Kindern, die in Kuweit geboren wurden, geht man mit Einbürgerungen höchst sparsam um. Man fürchtet, dass Kuweit „überfremdet" wird.

Eine besondere beherrschende Rolle spielen die rund 300.000 Palästinenser in Kuweit. Sie sind nicht nur allgegenwärtig als Kellner oder Bürohilfskräfte. Sie halten auch hohe Verwaltungspositionen. Obwohl alle Zeitungsverleger Kuweitis sind, werden die Spalten der sehr lebhaften, erstaunlich freien und meist sehr linken Presse von palästinensischen Journalisten beherrscht. Entsprechend wild sind die Attacken gegen Imperialisten, Kolonialisten, England und Amerika. Aber das Verhältnis der Kuweiter Regierung zu London und Washington ist ausgesprochen gut.

Sehr viel delikater sind die Beziehungen zu den arabischen Nachbarn Irak und Saudi-Arabien. Irakische Truppen haben schon einmal die kuweitische Insel besetzt, die eine strategisch beherrschende Stellung an der engen Ausfahrt des toten Tigris-Arms einnimmt, an dem der irakische Kriegshafen Umm Qasr liegt. In diesem Hafen hat die sowjetische Flotte „Versorgungsrechte". Die Iraker zogen sich zurück, als sowohl Saudi-Arabien wie der benachbarte Iran zu intervenieren drohten. „Der Besitz dieser Insel entscheidet über die sowjetische Flottenpräsenz im Persischen Golf", behauptet ein westlicher Militärattache in Kuweit.

Agenten des linksradikalen irakischen Baath-Regimes sind überall im Golf aktiv. Die Scheichtümer sollen in Volksrepubliken umgekrempelt werden. Saudi-Arabien, Iran und westliche Diplomaten verfolgen diese Agitation mit Sorge. Von weitem wacht auch Kairo misstrauisch über Kuweit. Es würde höchst ungern sehen, dass sein Rivale Bagdad dadurch gestärkt wird, dass es das ölreiche Scheichtum annektiert.

„Wenn das unabhängige Kuweit verschwindet, verlieren Ägypter und Syrer einen zahlkräftigen Finanzier", meint ein Verleger in Kuweit. „Nach den Erfahrungen mit dem radikalen Ghadhafi in Libyen erwarten die Ägypter sicher auch mehr von einem feudalen Kuweit als von einer Republik."

Auf lange Sicht jedoch hat das Scheichtum nach Ansicht westlicher Diplomaten mehr Angst vor dem feudalen Saudi-Arabien, als vor dem radikalen Irak. Saudi-Arabien ist historisch expansiv und betrachtet die ganze arabische Golfküste als seinen rechtmässigen Besitz. König Feisal ist im übrigen nicht nur beunruhigt über Iraks Absichten in Kuweit und seine Subversion am Golf, sondern beäugt auch höchst misstrauisch Kuweits eigene Experimente mit der Demokratie.

Obwohl die Herrscherfamilie des Emirs von Kuweit mit dem Konprinzen als Ministerpräsident die Zügel fest in der Hand hält, bewegt sich das Ölscheichtum langsam auf eine konstitutionelle Monarchie zu.

Sochen hat ein neues Kabinett seine Amtsgeschäfte aufgenommen. Als wichtigste Umbesetzung in der Regierung gilt die Ernennung des Parlamentsabgeordneten Abdel-Muttaleb Al-Kazimi zum neuen Erdöl-Minister. Dieses Ressort war bisher mit dem Finanzministerium verbunden. Die kuweitische Regierung unter Ministerpräsident Kronprinz Scheich Jaber Al Ahmad Al Jaber Sabah war am 1. Februar nach den Parlamentswahlen zurückgetreten.

STREIKRECHT GEFORDERT

Parteien gibt es nicht, wohl aber „politische Gruppierungen", deren Vertreter in einem gewählten Parlament sitzen, und unter denen linksliberale Neigungen in Mode sind. Sie plädieren für „echte" Parteien, Gewerkschaften und Streikrecht — Forderungen, denen man wahrscheinlich auch bald entsprechen wird. „So etwas treibe die Saudi-Arabier schnurstracks die Wände hoch. Das wäre für sie wie ein Krebsgeschwür in der Flanke", meint ein westlicher Diplomat.

Andererseits nimmt Kuweits nahezu perfekter Wohlfahrtsstaat linksradikaler Propaganda viel Wasser von der Mühle. Der Ölreichtum kommt dem Volk zugute: freie Erziehung in modernen Schulen, modernste Krankenhäuser mit freier Behandlung, sozialer Wohnungsbau zu niedrigsten Preisen, Altersversorgung mit luxuriösen Altenheimen, subventionierte Grundnahrungsmittel, keine Steuern.

Trotzdem ist die Stimmung unter jungen Kuweitis nicht so, wie man sie in einem Ölparadies erwarten mag. Die starre islamische Gesellschaftsform wird vor allem den vielen, die im Ausland studiert haben, zu eng. Sie wollen schnellere Reformen und mehr Demokratie. Mehr als die Hälfte der Studenten an Kuweits Universität sind heute Mädchen, die ins Berufsleben drängen werden, wenn ihre Ausbildung abgeschlossen ist.

„In London sind wir im Minirock herumgelaufen und haben in Diskotheken getanzt. Hier müssen wir einen schwarzen Umhang tragen, vom Scheitel bis zum Knöchel verhüllt", beklagt sich eine bildhübsche Studentin. „Es gibt keine Nachtclubs, keine Parties, keinen Alkohol. Manchmal schleichen sich unsere Kommilitonen zum Superclub ins Hilton hinauf und tanzen mit europäischen Frauen. Aber wir dürfen da nicht hin, dann wäre der Teufel los."

Auch unter den 450.000 Gastarbeitern herrscht weitverbreitetes Ressentiment. Sie fühlen sich als Bürger zweiter Klasse, und selbst viele Vergünstigungen des Wohlfahrtsstaates stehen für sie nur auf dem Papier. Es gibt Villenviertel, die für Kuweitis reserviert sind und in denen ein Ausländer nur mit besonderer Genehmigung wohnen darf. Manche Beobachter sehen auch die Ausländerfrage als potentiell explosives Problem für Kuweits politische Zukunft an.

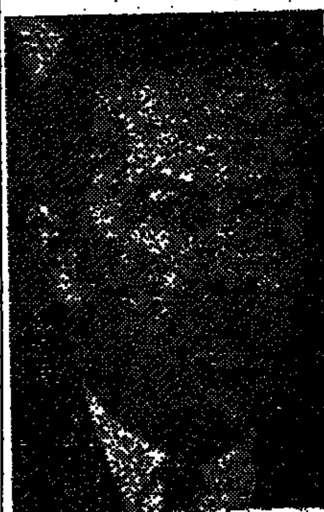
Vorläufig jedoch balanciert das kleine Ölscheichtum auf dem schmalen Grat zwischen einer Art arabischer Apartheid und lauthals deklarierter panarabischer Solidarität.

Jackson will US-Präsident werden

Nach sorgfältiger organisatorischer und finanzieller Vorbereitung hat der demokratische Senator Henry Jackson seine Anwartschaft auf die Nominierung als Präsidentschaftskandidat seiner Partei für 1976 angemeldet. Jackson, der nach dem Verzicht von Senator Edward Kennedy auf eine Bewerbung als Favorit ins Rennen geht, will sich der „kleinen Leute" annehmen, die in den vergangenen sechs Jahren republikanischer Herrschaft vernachlässigt worden seien.

Vermutlich noch nie in der amerikanischen Geschichte hat ein Präsidentschaftsaspirant seine Kampagne so systematisch und gründlich vorbereitet wie Jackson. Die Fernseherklärung, die den Senator rund 23.000 Dollar kostete, war bereits vor fast zwei Wochen bei einer Rundreise durch Kalifornien aufgezeichnet worden, und formalisierte lediglich eine Entscheidung, die Jackson schon im Sommer vergangenen Jahres gefasst hatte.

Am 8. Juli 1974 gründete er das „Jackson-Planungskomitee", das seither die Kommandozentrale der Kampagne ist. Das Komitee umfast inzwischen 22 bezahlte Mitarbeiter, mehrere Berater und einen monatlichen „Operationsetat" in Höhe von rund 37.000 Dollar, der aus einem 900.000 Dollar betragenden Bankguthaben gespeist wird. Zu Jacksons Präsidentschaftsstab gehören unter anderem ein politischer Chefberater, ein Finanzdirektor und ein Chefkoordinator, ausserhalb Washingtons arbeiten für Jackson drei regionale politische Koordinatoren, und im Laufe dieses Jahres sollen weitere hinzukommen. Nach der Nominierung werden ihm



Senator Henry Jackson: Israels treuester Freund im Kongress

und dem republikanischen Kandidaten zur Finanzierung des eigentlichen Wahlkampfes je 20 Millionen Dollar aus Steuermitteln zur Verfügung stehen. Dies sieht das am 1. Januar in Kraft getretene Wahlkampffinanzierungsgesetz vor.

Während andere demokratische Bewerber wie d. Kongressabgeordnete Udall, Ex-Gouverneur Carter und Ex-Senator Harris aus Mangel an politischer Reputation sowie organisatorischem und finanziellem Rückhalt im Lande umherreis[en] müssen, kann es sich Jacks[on] nach eigener Ansicht erlaub[en], die Taktik des vergangen[en] Jahres weiterzuverfolgen u[nd] den Senat als Sprungbrett benutzen.

Im Senat werden die T[he]men, auf die er sich von A[n]fang an konzentriert hat, Energie, Umweltschutz, W[irt]schaft und Ostpolitik — a[uch] weiterhin im Mittelpunkt [der] Debatten stehen. Hinzukom[mt,] dass er der Bevorzugung [des] „Big Business, der Grossun[ter]nehmen, der Leute, die für s[ich] selbst sorgen können" auf [Ko]sten der „kleinen Leute", [den] Kampf angesagt hat.

Der 62jährige Politiker [hat] über die Hälfte seines Leb[ens] im Kongress verbracht: zw[ölf] Jahre als Abgeordneter des [Re]präsentantenhauses und 22 J[ah]re als Senator für den B[un]desstaat Washington. Im Ja[hre] 1972 hatte er seinen er[sten] Anlauf gewagt und war gesc[hei]tert, weil er ausserhalb se[ines] Heimatstaates und der Bun[des]hauptstadt kaum oder nur [we]gen seiner nachdrücklichen [Un]terstützung des unpopul[ären] Vietnamengagements bek[annt] war.

Seither jedoch hat es im I[...] de und in der Partei wich[tige] Änderungen gegeben, die [ihn] zum Favoriten machen: [die] amerikanischen Truppen [sind] aus Südvietnam abgezogen [wor]den, und Jackson selbst sch[eint] in der Indochina-Po[litik] zu einer Taube geworden [zu] sein.

Ferner ist er wegen se[ines] Kampfes für das „Jac[kson] Amendment" weltbekannt worden und gilt als einer [der] wichtigsten Männer im Senat.

Blick über die Grenzen

Paul Bonnecarrere
Joan Hemingway

UNTERNEHMEN ROSEBUD

© S.FISCHER VERLAG, FRANKFURT/M.

6.

„Schön", erklärte er. „Ich alarmierte sofort unsere Einsatzleute in München. Ein gut plazierter Scharfschütze auf dem Flugplatz genügt, und der ganze Kuhhandel platzt."

VIERTES KAPITEL

München. Sonntag, 29. Oktober, 11.30 Uhr vormittags.

Hans Schloss betrat die Ankunftshalle in Riem zusammen mit den Fluggästen des Inflandfluges Bonn-München. Der Mann, den er treffen sollte, fiel ihm sofort ins Auge: Er stand unter der Anzeigetafel, war gross und kräftig mit kurzgeschnittenen dunkelblonden Haaren, und trug ein vorzüglich geschnittenes Tweedsakko, ein senffarbenes Leinenhemd, eine grobstrukturierte Krawatte in Kastanientönen, und eine graue Flanellhose ohne Aufschlag zu braunen Schuhen ,die ganz offensichtlich nur von Clark in der Bond Street stammen konnten.

Obwohl er ihm noch nie begegnet war, war sich Schloss seiner Sache vom ersten Augenblick an sicher.

„Sie sind Herr Laurent Martin?" fragte er.

Die beiden Männer tauschten einen Händedruck und gingen mit grossen Schritten zur automatischen Tür ins Freie.

Der NSU Ro 80 mit blauer Metallic-Lackierung wartete im Halteverbot. Schloss gab dem Fahrer seine Flugkarte mit dem darangeklammerten Gepäckschein.

„Ich fahre selber, Kurt. Holen Sie meinen Koffer ab, und kommen Sie im Taxi nach Pullach."

Schloss fuhr zügig und gekonnt. Er lenkte den Ro 80 auf die B 12, die in die bayerische Landeshauptstadt hineinführt. Der Verkehr in der Gegenrichtung war ausserordentlich dicht: Die Münchner nutzten den Herbstsonntag zu einem Picknick-Ausflug in den Ebersberger Forst. In der Richtung Riem-München dagegen konnte der Ro 80 ohne weiteres mit 140 km/h fahren. Als Schloss ein noch weit entferntes entgegenkommendes Fahrzeug erblickte, das zum Ueberholen ansetzte, liess er mit dem Fuss das breite Band seiner Halogen-Scheinwerfer aufflammen, und sofort ordnete sich der andere erschreckt in seine Kolonne ein.

„Was Neues vom Flugzeug?" fragte Schloss, ohne die Strasse aus den Augen zu verlieren.

„Sie haben wegen Gegenwind eine weitere Zwischenlandung in Zagreb einlegen müssen. Sie haben aufgetankt und sind um 11.02 Uhr weitergeflogen. In einer knappen Stunde sind sie über München."

„Kein Zwischenfall?"

„Die Luftpiraten wollten den Verkehrsflughafen Riem durchsetzen. Einer der Fedayyin kennt sich tadellos mit den Funkeinrichtungen aus und spricht fliessend Französisch und Englisch. Ich war mehrere Minuten mit ihnen in Verbindung. Schliesslich hat er sich bereit erklärt, dass der Austausch auf dem Militärflugplatz Fürstenfeldbruck vorgenommen wird."

Laurent Martin sprach ein völlig akzentfreies Deutsch, das keinerlei Rückschluss auf seine Herkunft erlaubte. Er zog eine Blechschachtel Benson & Hedges heraus und zündete sich eine Zigarette an, bevor er fragte:

„Und Ihr Bundeskanzler?"

„Er hat gespurt. Er hat genau verstanden, um was es geht, aber er hat es mir nicht einmal durch ein Augenzwinkern zu erkennen gegeben. Der zuständige Mann vom Militär war begriffsstutziger. Aber dann hat er auch kapiert. Er war so glücklich, einmal im Leben zu merken, was gespielt wird, dass er seine Klugheit gleich durch taktloses Benehmen zeigen musste. Er ist ziemlich schroff zurechtgewiesen worden. Also, kein Problem: wir haben freie Hand."

„Und die gefangenen Palästinenser?" fragte Martin weiter.

Schloss blickte auf die Uhr.

„Sie müssen schon in Fürstenfeldbruck sein. Eine Gruppe Fallschirmjäger bewacht sie in den Haftzellen des Flugplatzes. Wenn es soweit ist, wird ein Ablenkmanöver mit Hubschraubern durchgeführt."

Ueber die breite Töginger Strasse fuhr Schloss nach München hinein. Die Stadt war fast ausgestorben. Ohne das Tempo zu drosseln, brauste er über den Max-Weber-Platz und durch die Kurve um das Maximilianeum, überquerte die Isar und fuhr durch die Maximilianstrasse zum Hauptbahnhof.

„In einer Stunde müsste alles erledigt sein", erklärte Schloss. „Die Gefangenen gehen an Bord der Boeing, dann lassen sie die Fluggäste und die Besatzung ausser dem Piloten und dem Bordingenieur aussteigen. Die Maschine wird aufgetankt und sie können fliegen, wohin sie wollen."

Martin antwortete nicht. Schloss blickte fragend zu ihm hinüber. Laurent rauchte. Eine Sorgenfalte furchte sein energisches Gesicht noch zusätzlich.

„Ihr Wort in Gottes Ohr", sagte er schliesslich. „Offensichtlich hat der Schwarze September seinem Kommando nicht klargemacht, dass sie diesmal nur Marionetten sind. Deshalb spielen sie den wilden Mann. Was nützt es, dass sie nur blinde Munition in ihren Pistolen und harmlose Handgranaten haben. Sie werden alles tun, um uns zu beweisen, dass wir ihnen ausgeliefert sind. Wir müssen höllisch aufpassen."

Der Wagen rollte schon auf der Augsburger Autobahn. Bei der Ausfahrt Dachau bogen sie auf die B 471 ein und fuhren mit über 120 km/h we[iter] zum Militärflugplatz Fürstenfeldbruck.

Dreimal mussten sie ihren Ausweis an den [von] Fallschirmjägern besetzten Strassensperren vorzei[gen,] bevor sie an den Elektro- und Stacheldrahtzäu[nen] entlang zum Flugfeld fahren konnten. Ueberall w[im]melte es von Polizei und Militär. Auf dem lin[ken] Bankett standen ganze Pulks von Mannschaftswa[gen.] Entliche der Polizisten und Soldaten trugen Zielf[ern]rohrgewehre.

„Was soll das heissen?" fragte Martin, „ich d[ach]te, Brandt wollte alles ganz unauffällig abla[ufen] lassen?"

„Selbstverständlich", sagte Schloss zähnek[nir]schend „Dies hier sieht mir ganz nach einer Eig[en]mächtigkeit von Kallenberg, dem Adjutanten [des] Polizeivizepräsidenten, aus. Wahrscheinlich erwa[rtet] er uns in der Funkleitstelle."

Er bremste am Fuss des Tower. Die beiden M[än]ner fuhren im Aufzug zum dritten Stock in [den] riesigen runden Raum hinauf, von dem aus [die] Flugbewegungen des Fliegerhorsts geleitet wur[den.] Sie traten vor den Radarschirm: Der kreise[nde] Strahl zeigte den Fleck der anfliegenden Boeing [bei] jeder Umdrehung. In knapp zehn Minuten wi[rd] sie in Sicht sein.

Oberkommissar Kallenberg trat auf Martin [und] den BND-Agenten zu.

„Wir haben was Neues", erklärte er. „Sic[here] Informanten haben uns gemeldet, dass die Shin-B[et] versucht, eine Verzweiflungsaktion zu unternehm[en,] um den Abflug der Maschine zu verhindern. Ich [ha]be vorsorglich auf eigene Verantwortung Bun[des]wehr und Polizei eingesetzt, um das Gelände [im] Umkreis von drei Kilometern durchzukämmen."

Laurent Martin zog die Augenbrauen zusamm[en.] Die beunruhigten, fragenden Blicke konzentrie[rten] sich auf ihn. In beinahe verkrampft nachdenklic[her] Pose zündete er sich eine Zigarette an.

„Haben Sie noch Funkkontakt mit der Maschin[e?]" Kallenberg zeigte auf die Funkeinrichtung:

„Wir haben weiterhin ständige Funkverbindung [in] beiden Richtungen, so wie bei Ihrem ersten Gespr[äch.] Der Palästinenser bedient die Frequenzen sehr [or]dentlich. Flugkapitän Klaussen hört über sei[nen] Kopfhörer."

Martin gab dem Feldwebel am Sprechfunk du[rch] einen Druck auf die Schulter zu verstehen, d[ass] er ihn ans Gerät lassen solle. Er setzte die dic[ken] Kopfhörer auf und schaltete ein. Er sprach Deuts[ch.]

„Klaussen, können Sie mich hören? Hier ar[...]cher Vertreter. Wie steht es mit dem Treibstoff? [Ich] wiederhole: geben Sie Ihren Treibstoffstand. B[itte] kommen."

Die Stimme des Flugkapitäns kam, ein we[nig] näselnd durch die Verstärkung:

„Ich empfange Sie gut. Verstanden. Wir ha[ben] noch 3 Stunden 50 Minuten Flugzeit bei Rei[se]geschwindigkeit und vorgeschriebener Treibstoff[re]serve. Ende. Bitte kommen."

Auf englisch ertönte Hacams Stimme:

(Fortsetzung folgt)

will US-Präsid

Mira Awrech BERICHTET:

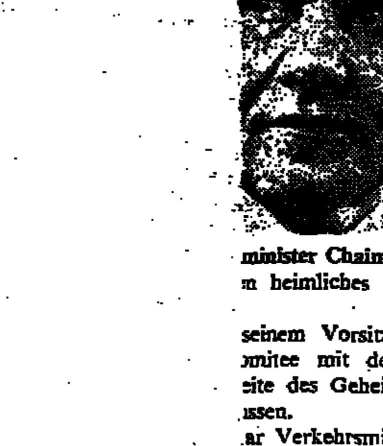
Ministerkommission holt sich Unterlagen im - Kino

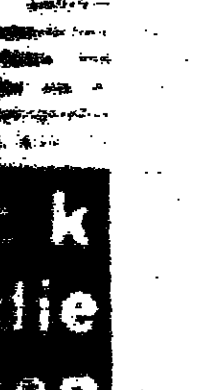
n Gemahlinnen der Mini- Shlomo Hillel, Jizchak Ra- Gideon Hausner und Schlo- tosen zur gefälligen Kennt- nme: In den nächsten Ta- dürften Ihre Ehemänner sie nem Besuch — im Kino en.

genauer zu sein: Zu einer ellung des Filmes „Das äch."

Streifen befasst sich zur mit dem Thema des nen Abhörens (nach der on Watergate) und wurde ch zu einem hervorstechen- Faktor" in den Beratungen inisterausschusses für Ge- ungsfragen. An der Spit- ses Ausschusses steht minister Chaim Zadok.







minister Chaim Zadok: m heimliches Abhören

seinem Vorsitz hat sich mitee mit der gesetzli- eite des Geheimabhörens ssen.

ar Verkehrsminister Gad der plötzlich die De- einer Kollegen über die heit oder Unerlaubtheit eimen Abhörens (an ei- entlichen Ort ohne Wis- Opfers) unterbrach und lete: „Die Mitglieder des sses müssen sich den Das Gespräch" ansehen, e zu dem Thema endgül- fung nehmen..."

Justizminister stimmte zu: be den Film gesehen und eint danach, dass man chärfere Sanktionen gegen das Abhören androhen sollte, als sie in dem Gesetzesvorschlag von Ihnen verlangt werden".

Wie ich unsere Minister kenne, sind sie aber zu beschäftigt, um ins Kino zu gehen. Höchstwahrscheinlich wird man für sie daher eine Privatvorführung in einer Sitzung des Ausschusses organisieren...

Vor der eigenen Tuere kehren

Jetzt, nachdem unser Militärattache Aluf Abraham („Bren") Adan an den Ort seiner Amtswaltung zurückgekehrt ist, mit einer „Verwarnung" im Gepäck, erzählt man mir:

Es geschah gleich nach Ausbruch des „Krieges der Generäle", nach dem Jom Kippur-Krieg. Die Alufim beschuldigten sich gegenseitig der Nichterfüllung von Befehlen, sie griffen sich in den Zeitungen an und verleumdeten einander.

Und da stand einer der hohen Offiziere auf und erhob seine Stimme gegen diesen Unfug. „Es ist undenkbar, meine Herren, dass wir so weitermachen. Ein Befehl ist ein Befehl! Man muss den Krieg der Generäle auf die Weise beenden, wie es (Präsident) Truman mit (General) Mac Arthur machte. Man muss ganz einfach einen General, der sich eine Insubordination zuschulden kommen liess, am Schlafittchen packen und hinausfeuern!"

Der Aluf, der solches vorschlug, war... Aluf Abraham Adan. Und er selbst erzählte die *Anekdote, als er zur Klärung* seiner „Insubordination" zum Generalstabschef vorgeladen wurde.

Der Minister und die Disziplin

Apropos Disziplin: Sicherheitsminister Schimon Peres hat soeben die Lektüre des gesamten umfangreichen Berichtes der Agranat-Kommission mit allen seinen vielen Einzelheiten beendet. Jetzt wendet sich der Verfasser des Buches „Die nächste *Phase*" — der nächsten *Phase* zu.

Erster Schritt, um die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Kommission zu ziehen: Zusammen mit dem Stabschef Mordechai Gur wird Peres sich daran machen, für die Einführung strenger Disziplin in den Reihen der Armee zu sorgen...

Gastmaehler und — schlechter Geschmack

Die Darstellung der „gastronomischen Ereignisse", die im Rahmen des „Festival Kissinger" stattfanden und ausführlich im Fernsehen gezeigt wurden, hat den Zorn des Ministerpräsidenten Jizchak Rabin erregt. Besonders ungehalten war er, weil die Kameraleute heikle und beschämende Situationen festzuhalten suchten, wie z. B. Sprechen mit vollem Munde beim Suppe-Essen, während der gefilmte Prominente nicht bemerkt, dass ihn das Objektiv der Filmkamera verfolgt. Diese Aufnahmen waren in den israelischen Häusern zum Tagesgespräch geworden.



Ministerpräsident Jizchak Rabin: Gegen indiskretes Filmen

Erzürnt sich Rabin: „Im Weissen Haus gibt es stehende Vorschriften, wonach während des Essens nicht gefilmt oder fotografiert werden darf. Man filmt nur vor und nach den Mahlzeiten; dem einen Menschen beim Essen zu verewigen, wird als ungehörig und unfair angesehen."

Das Lied und sein Lohn

Das Buch wurde sofort zum Bestseller. Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten darüber: Nicht viele arabische Schriftsteller werden ins Hebräische übersetzt. Daher beeilte sich auch der Generaldirektor des Verlages „Am Owed", Nachman Urieli, dem sudanischen Schriftsteller El-Tajib Zalach zu schreiben und ihm mitzuteilen, dass *sein* Buch „*Zeit der Wanderungen in den Norden*" in die Bibelsprache übersetzt und nach seiner Veröffentlichung zum „literarischen Ereignis" in Israel geworden sei.

Urieli wollte wissen, an welche Adressse und auf welche Weise dem sudanischen Autor die üblichen Tantiemen von fünf Prozent des Verkaufspreises überwiesen werden können.

Der Schriftsteller nahm sich nicht die Mühe zu antworten. Anstatt dessen veröffentlichte die libanesische Zeitung „El-Hawadat" am 7. Februar eine Anregung, auf welche Weise man dem Sudanesen „entgegenkommen" könnte. Die Zeitung erwägt die Möglichkeit, dass der arabische Autor den Vorschlag des israelischen Verlegers annimmt und seine Tantiemen — einem der Terroristenverbände spendet...

Ende der Karriere

Der gutaussehende Mann mit den angegrauten Schläfen nahm das Formular zur Hand und begann es auszufüllen. Er wollte sich zur „Bürgerwache" melden. Die Fragen beantwortete er folgendermassen:

„Haben Sie in der Armee gedient?"

„Ja", schrieb der Mann.

„Im Berufsheer?" Die Antwort war wieder positiv.

„Ursache des Ausscheidens aus der Armee?"

Der prospektive Freiwillige sass da und überlegte hin und her. Schliesslich nahm er die Feder und schrieb: „Ich hatte meine Karriere beendet."

Der Formularausfüller war kein anderer als — der Handels — und Industrieminister Chaim Barlev, der fünf Jahre lang im Rang eines Raw-Aluf den Posten des Generalstabschefs der Israel-Armee bekleidete...



Handels- und Industrieminister Chaim Barlev: Schwieriger Fragebogen

Name und Tradition

„Um die Tradition meiner Namensvetterin zu wahren, werde ich mich freuen, Ihnen Hamantaschen vorzusetzen!" Das ist der Wortlaut der Einladung, die einige Botschafter und andere Diplomaten erhielten.

Die Namensvetterin ist — Königin Esther, und die Einladende war — MdK Esther Herlitz. Sie weiss noch von ihrer Amtszeit als Botschafterin Israels in Dänemark, wie wichtig es für einen ausländischen Diplomaten ist, die Feiertage des Gastlandes im Heim eines Ortsansässigen zu verbringen. Daher hat sie beschlossen, eine — allerdings bescheidene — Purimfeier zu veranstalten, damit auch die Fremden etwas von der Festfreude mitbekommen.

(Übers. v.A.S.)

P.S. Leser David Heller aus Ramat-Gan stellt fest, dass der „Morgenanzug des Präsidenten" für den (nachher abgesagten) Besuch in Nepal nicht aus Frack zu gestreiften Hosen bestehen konnte, sondern aus gestreiften Hosen und Cutaway. Was hiermit berichtigt sei.

»So spricht man in Israel...«

Im israelischen Salon wird heute nicht über Politik debattiert: man redet über den Zucker, der sechsmal so teuer geworden ist, über das Brot, dessen Preis um mehr als das Zweifache gestiegen ist, über neue bevorstehende Erhöhung des Benzinpreises, der seit dem Kriege (welchem Krieg, der zweite, der dritte, der vierte?) schon einige Male erhöht wurde.

Politik bedeutet Sonnenfinsternis. Politik bedeutet Fragen über den fünften Krieg. *Und* wer möchte darüber sprechen: man trinkt doch Kaffee: man plaudert doch nur.

Politik bedeutet die Frage, wie wir in diese Lage völliger Isolation von der Welt hineinmanipuliert worden sind.

Die grosse Welt hat ihre leichte Antwort darauf: Israel hat Schuld. Es hätte nicht so stickköpfig *sein sollen. Es* hätte nachgiebiger sein sollen. Die Araber würden mit sich reden lassen, aber Israel will nicht.

Wir hier haben diese einfache Antwort nicht; wir wissen es besser. Wir wissen, was die Araber wirklich wollen: die physische Vernichtung aller Juden hier im Land; freilich, nicht alle Araber würden mitmachen an dem ersehnten Blutbad; zehn Prozent würden mitmachen, oder sogar nur fünf Prozent... und die anderen würden zuschauen oder wegschauen. Und nur fünf Prozent genügen, das wissen wir von Auschwitz...

Also reden wir lieber vom Zucker; oder vom EL-AL Streik; da kann man sich wenigstens aufregen; da gibt es noch einigermassen Logik. Aber in der Politik?

Wir rufen schon seit Jahren nach dem Frieden: eine Stimme, die in der grossen leeren Wüste verhallt. Eine Stimme, die verhallt im Chorus der Völker, die keinen aufrechten Frieden suchen: Völker, die nur „kämpfen" wollen um des Friedens willen, „kämpfen" für Freiheit, „kämpfen" für Demokratie. Wir, wir wollen nicht kämpfen; wir wollen ganz einfach Frieden.

Also redet man im Salon nicht von Krieg, sondern von den Kindern. „Wie alt ist Deiner? Schon 17? Bald muss er zur Armee. Weiss er schon, was er werden will?" „Wer redet darüber; erst hat er noch drei Jahre zu dienen... dann weitersehen..." „Mein Mann muss schon wieder zum Reservedienst; schon zum dritten Mal seit dem Krieg, und immer so lange..."

Kommt, lasst uns von etwas anderem reden; was sagt ihr zur U.N.O.? Arafat mit Revolver vor dem Plenum der U.N.O. Arafat mit Holster in dem Sessel, wo vorher nur Papst Paul VI. sitzen durfte." „Die Abstimmung: 105:4... Einer von den vieren ist Israel: zwei kleine südamerikanische Staaten: vielleicht *wollen sie keinen Präsedenzfall* für ihre eigenen „Guerrillas." „Aber Amerika hat uns nicht im Stich gelassen..."

„Also doch noch Lichtstrahlen in dieser Sonnenfinsternis." „Aus der U.N.E.S.C.O. hinausgeworfen?" „Irgendwo haben 200 Wissenschaftler scharf protestiert." „Auch Deutsche darunter." „Also so schlimm *ist es doch nicht.*"

„Keine *Einreisegenehmigung* für israelische Ping-Pong-Spieler nach Indien?" „Aber in Schweden hat irgend jemand dagegen protestiert." „Nicht nach Asien mit unserer Fussballmannschaft?" „Aber F.I.F.A. hat uns nicht herausgeworfen."

„So schlimm ist es also doch nicht."

„*Die Franzosen,*" erklärt *jemand*, „würden Israel preisgeben, für einen guten Ölpreis." „Die Deutschen machen aber nicht mit." „Auf keinen Fall; sie wollen sogar die Existenz von Israel garantiert sehen; also bitte schön, alles ist nicht so schlimm."

„Dobrinin hat den israelischen Botschafter in Washington angelächelt; wer weiss, vielleicht sind die Russen nicht so schlimm, wie man meint."

Der Reporter im lautstarken Radio meldet: „3 Soldaten an der Grenze verwundet." Das Gespräch verstummt. Ein Gedanke hängt im Raum: Wer von den Anwesenden hat einen Verwandten: Sohn, Bruder, Mann an der Grenze?

Das Radio hat plötzlich die Wirklichkeit mitten in den Kaffeeklatsch gebracht... Und dann eine Stimme wie aus der Ferne: „So schlimm ist es doch nicht; es hätte viel schlimmer sein können."

„Also, wie viel hat dieses Kleid gekostet, sagtest du?" „540 Pfund? So teuer?" „Schlimme Zeiten..."

ISRAEL YAOZ

RADIO und FERNSEHEN

NERSTAG, 27.2.1975

ichten; jede Stunde.

Programm A:

Berühmte Künstler — ina Wischnewskaja, Fritz lich, Benno Moisewitsch, artinon und anderen: — szüge aus dem „Trouba- on Verdi (Dirigent Zubin 10.05 Das Israelische rio (Alexander Volkow, em Breuer und Zwi Ha- elt Werke von Mozart hmus (Wiederholung); — olkstümliches Hebräisch; nd 12.15 Programm für 11.35 und 12.05 Lied anson; 12.35 George mann (Fagott) mit Leo (Klavier) spielen Saint- Kodaly, etc.; — 13.05 onzert des „Musikali- ätsels"; 14.10 Für Mutter nd"; 15.05 Radiowissen leme in der Geschichte nismus; 15.30 Literatur rer und Schüler der ulen; 15.50 Buchbe- g; 16.10 Eine Minute h; 16.11 STEREO-Kon- Rundfunkorchesters — olung des Konzerts von , 20.35 — Luciano Be- Cathy Berberian (Sopran) ichael Maisky (Cello), Werke von Rossini - , Boccherini und Lucia- ; 18.05 Die Woche in sset; 18.30 Ueber Arbeit eitende; 18.55 Für den t; 19.25 Leichte klassi- sik; 19.50 Rezitation aus l; 20.07 „Hier Studio — musikalisches Maga- 45 Direkte Übertragung Elijahu — Basketball- l zwischen Makkabi Tel- — 22.30 Werke von Johann Strauss; 23.05 Neue Klänge — STEREO — Von den Musiktagen der Internationalen Gesellschaft für moderne Musik 1974 — gespielt vom Concertgebouw-Orchester, Amsterdam; 00.10 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.35 Gesänge; 7.55 „Grünes Licht"; 8.15 Morgenkonzert; 10.05 Für die Hausfrau; 12.05 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Chansons u. Neuigkeiten; 14.10 und 15.05 „Dir und mir"; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe: 16.10 Eine Minute Hebräisch; *16.11 und 16.35* Gesänge; 16.35 Rätselraten — in Fortsetzungen — mit Schmuel Rosen; 17.10 und 18.05 Orientalische Weisen; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 Erzählung eines Aktenstückes (Wiederholung); 22.05 Lieder mit Gil Aldema (Wiederholung); 23.05 und 00.10 „Unter uns" — Gespräche über persönliche Probleme (Gideon Lev-Ari);

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 „Wer fürchtet sich vor fortgeschrittenem Pop?"

Militärsender:

Nachrichten: jede Stunde.

6.05 und 7.05 *Morgenklänge*; 8.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 9.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 Programm mit dem Militär-Oberankläger; 10.05 und 11.05 „Warm u. schmackhaft"; 11.55 Kurze chassidische Erzählung; 12.05 Stern zur Mittagszeit — Ilan und Ilanit; 12.55 Ich schlage vor — mit Michael Presley (Wiederholung); 13.55 *Mitteilungen für Soldaten; 14.05* und 15.05 „Zwei bis vier"; — 16.05 Rufen Sie bitte an — Die Mannschaft beantwortet Fragen der Hörer; 17.40 „Dieser Mann ist gefährlich"; 18.05 Persönliche Akte — mit dem Wartungsoffizier der Luftwaffe; 18.35 und — 19.05 Chansonsparade (auch 20.05); 21.05 „Ich bin ein Mann der Rosen liebt"; 22.05 „Mann und Frau" — mit Menni Peer (Wiederholung), (ebenso 23.05); 23.45 Vortrag v. Jizchak Liwni; „Können die Bauten, bezw. die Architektur in Israel „verschönert" werden?"

In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen — leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:

8.15 und 10.20 Geometrie; 9.25 Naturkunde/Physik; 10.00 Technologie; 10.45 Programm für die Kleinen; 11.25 Naturkunde; 13.00 Französisch; 15.30 „Ivrit be-Siman-Tow" — „Wie eine Zeder"; 16.00 Englisch 16.21 Biologie; 16.45 „Es ist nie zu spät zu beginnen"; 17.00 Telenoar — Magazin für die Jugend.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Zirkus; 17.40 „Der Graf von Monte Christo" — gezeichneter Film; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 „Kol-bo-thek"; 20.30 Nachrichten; 21.00 „Hawai fünf-null" — „Waffe für McGarett"; 21.50 Ausländisches Unterhaltungsprogramm „Die kleinen Engel aus Korea"; 22.20 Spiel der Woche; 22.50 Tagesab-

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV

ALLENBY: The Parallax View
BEN JEHUDA: Freebie and the Bean
CHEN: Superdad
CINEMA ONE: Stacey
CINEMA TWO: A Streetcar Named Desire
CINERAMA: Act of Vengeance
DEKEL: California Split
DRIVE-IN: 7.00 Happy Alexander 9.30 The List of Adrian Messenger
ESTHER. Vincent, Francois, Paul et les autres...
GAT: Crazy Sex
GORDON: Martyr
HOD: Borsalino and Co.
LIMOR: Quest For Love
MAXIM: Adieu l'Ami
MOGRABI: The Odessa File
OPHIR: Airport 1975
ORLY: A Warm December
PARIS: L'amour d'apres midi
PEER: Jeremy
STUDIO: Murder on the Orient Express
TCHELET: W.R. — The Mysteries of the Organism
TEL-AVIV: Sound of Music
ZAFON: Les Violons du Bal

RAMAT GAN

KINO LILLY: 7.00 und 9.30 For Pete's Sake mit Barbra Streisand; (4. Woche)

HAIFA

AMPHITHEATRE: The Golden Voyage of Sindbad
ARMON: Airport 1975
ATZMON: Death Wish
CHEN: Walking Tall
MIRON: Street of Desire
ORDAN: Cabaret
MORIAH: I Walk the Line
ORAH: Murder on the Orient Express
ORION: The Wild Gang
ORLY: American Graffiti
PEER: Some Like it Hot
RON: The Odessa File
SHAVIT: Sleuth

JERUSALEM

ARNON: The Martyr
CHEN: Camille 2000
EDEN: Savage
EDISON: Sureyya
HABIRAH: Les Petroleuses
JERUSALEM: North by Northwest
MITCHELL: Truck Turner
ORGIL: A Game For Two
ORION: Verdict
ORNA: The Odessa File
RON: A Son of No One
SEMADAR: Gone with the Wind

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Donnerstag nachts bis 23 Uhr: King George 72, Tel. 286740; Kikar *Hamedina, Tel. 258046.*

Ramat Gan und Umgebung: Modiin 130, Tel. 722954.

Bnei Brak: Wie Ramat Gan.

Petach Tikwa: Pinsker 22.

Herzlia und Umgebung: Herzlia Pituach, Wingate 142.

Netania: Herzl 11, Tel. 22842.

Bat Jam: Balfour 45.

Cholon: Krause 46.

Beer Schewa: Herzl 34.

Haifa bis 21 Uhr: Hanassi 33, Tel. 87312. — Ab 21 Uhr: MDA, Tel. 512233, Kirjat Elieser.

AERZTENACHTDIENST

Dr. Har Even, Epstein 5, Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte-Nachtdienst T-A: Tel. 614333; oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „*Maccabi*" Arad: MDA, Tel. 057-97222 — Aschdod: MDA, Tel. 22222 — Bat Jam: MDA, Tel. 863333 — Cholon: MDA, Tel. 843132 — *Gusch Dan: MDA, Ramat Gan,* Hagilgalstr. 42, Tel. 781111 — Herzlia: MDA, Tel. 981333 — Haifa: MDA, Telefon 101 — Jerusalem: MDA, Tel. 101 — Kirjat Ono: MDA, Telefon 781111/2 — Natania: MDA, Tel. 23333 — Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333 — Rischon Lezion: MDA, Tel. 942333 — Tel-Aviv: MDA, Tel. 101 — *Zfat: MDA, Tel. 101.*

Kupat Cholim „Assaf", Tel-Aviv, Tel. 101, Gusch Dan, Tel. 781111; Bat Jam, Tel. 863333; Cholon, Telefon 843133; Haifa, Allgemeiner u. Kinderarzt, Tel. 254530.

Kupat Cholim Merkasit Tel-Aviv—Jaffo: MDA, Mazestr. 13, Tel. 101, von 8.00 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens, Dr. Watts, Allenbystr. 50, Tel. 53888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Haschaschmonaim 4, Tel. 248228.

هكذا من الأصل

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

באים לקראתנו

האמריקנים משתדלים פתאום לבוא לקראתנו. הרי, אחת הבעיות שבפניה עומד ד״ר קיסינג׳ר בקשר להסכם החדש בין ישראל לבין מצרים היא בעיית משך תחולתו של ההסכם. האם יכולים אנו ללמוד מזה, כי בעיני קיסינג׳ר עצם השגת ההסכם האמור איננו מוטל בספק?

מזה זמן רב קיימות חילוקי דעות בינינו לבין האמריקנים באשר לאורך תחולת ההסכם החדש. ישראל טענה וטוענת עדיין, כי ויתורים טריטוריאליים מהותיים מצדנו ייתכנו רק במסגרת של הסכם שמשך תחולתו ישתרע לשנים מספר. קיסינג׳ר היה לעומת זאת בדעה שמצרים לא תסכים לזאת. נראה, כי כעת מבינים האמריקנים שנסיגה ישראלית נוספת תלויה בערובות שגורם הזמן הנו ביניהן.

לפי הידיעות האחרונות עוסקים האמריקנים כרגע בתוכנית, אשר תסיר את הבעיה של מגבלת הזמן. הם מציעים, כי ישראל תיסוג בשלבים וכי קצב הנסיגה יהיה מותאם ליכולתנו לבנות בתוך סיני קוי ביצורים חדשים. פרטי התוכנית החדשה טרם נודעו ובפרט לא ברור עדיין, אם מצרים מסכימה לה. עבורנו קיימת בתוכנית זו יתרון אחד לפחות: אנו לא נמצא במצב הביש, בו יכולים להיות כוחותינו, אם וכאשר המצרים יפתחו באש מיד אחרי נסיגה מצידנו עוד טרם הצלחנו להתחפר בקווים החדשים.

כאן מתעוררת בעיה: המימון. האם בתקציב הבטחון החדש נוכל לממן בניית קו חדש של ביצורים בסיני? אולי יהיה קיסינג׳ר נאלץ לדאוג לא רק לתוכנית אלא אף למימונה?

ו. ט.

MAN KOMMT UNS ENTGEGEN

Die Amerikaner bemühen sich, Israel entgegenzukommen. Eines der Probleme, vor welchen nämlich Dr. Kissinger derzeit steht, ist die Frage der zeitlichen *Beschränkung* eines allfälligen Abkommens zwischen Israel und Aegypten. Mit anderen Worten: Das Zustandekommen des Abkommens ist in den Augen des amerikanischen Aussenministers bereits gesichert; das Problem ist gar nicht mehr, wie weit sich Israel zurückziehen wird und — so möchte man glauben — auch nicht, welche politische Gegenleistung wir von den Aegyptern für den in Aussicht genommenen Rückzug im Sinai erhalten werden, sondern die *Frage*, für wie lange das neue Abkommen gelten soll.

Wie bekannt, ist Israel zu neuen und wesentlichen Gebietsabtretungen im Sinai nur dann bereit, wenn wir von den Aegyptern entsprechende politische Konzessionen erhalten und wenn das in Frage stehende Abkommen genügend lange in Geltung *bleiben wird. In diesem Punkt* bestanden von allem Anfang der Verhandlungen an Meinungsverschiedenheiten zwischen Israel und dem amerikanischen Aussenminister. Er war und ist der Meinung, dass die Aegypter es im voraus ablehnen würden, ein solches Abkommen mit Israel für mehrere Jahre abzuschliessen. Nun scheint sich aber doch in Amerika die Ansicht durchzusetzen, dass man von Israel neue und strategisch ausschlaggebende *Gebietsverzichte nur gegen gewisse* Garantien erreichen kann, wobei der Zeitfaktor eine wichtige Rolle *spielen* muss.

Den letzten Pressemeldungen zufolge sind die Amerikaner jetzt bereit, uns in diesem Punkte entgegenzukommen und derzeit wird von ihnen der Plan ventiliert, unseren Rückzug einerseits in Phasen durchzuführen und andererseits diese Durchführung an jenes Tempo zu binden, in welchem wir imstande sein werden, die neuen *Befestigungslinien* im Sinai zu errichten. Noch sind genauere Details dieses Planes nicht bekannt und vor allem weiss noch niemand, ob die Aegypter mit dieser Regelung einverstanden sein werden, aber es spricht daraus bereits ein gewisser Versuch von Seiten Kissingers, unseren Wünschen entgegenzukommen. Vom militärischen *Standpunkt gesehen hätte der* erwähnte Plan den grossen Vorteil, dass wir die von uns derzeit im Sinai besetzten Gebiete erst dann räumen müssen, wenn wir weiter rückwärts bereits neue Befestigungslinien errichtet haben, in welche sich unsere Truppen zurückziehen können. Dies würde uns die recht missliche Lage ersparen, welche entstuende, wenn *die Aegypter das* Feuer nach einem israelischen Rückzug eröffnen, noch bevor es unseren Truppen möglich war, sich in den neuen Linien einzugraben.

Allerdings ergibt sich hier ein neues Problem, nämlich das der Finanzierung. Das neue Sicherheitsbudget stellt zwar die Anlage von Befestigungen im Sinai in Rechnung, aber es muss inzwischen dahingestellt bleiben, ob die dafür vorgesehenen Summen *zu diesem Zweck auch* ausreichen werden. Vielleicht müsste Kissinger seinen neuen Plan auch ganz *oder teilweise finanzieren.*

W.T.

Michael Zur bleibt zehn Tage in Haft

Der in Untersuchungshaft befindliche ehemalige Generaldirektor der Israel Corporation Michael Zur bleibt gemäss Beschluss des Tel Aviver Amtsrichters Chaim Steinberg weitere 10 Tage in Haft. Die Polizei hatte sogar Verhängung von 15 Tagen Untersuchungshaft gefordert. Der Vertreter der Polizei hatte die Verlängerung der Haft mit der Begründung verlangt, dass Zur den Fortgang der Untersuchung beeinflussen könne.

Der Verhandlungssaal im Tel Aviver Gericht war überfüllt, als der Termin in Sachen Zur begann. Die führenden Beamten der Wirtschaftspolizei mit Inspektor Siegel waren zur Stelle. *Die Journalisten wurden jedoch* enttäuscht, da der Inspektor nicht den Text der verläufigen Anklageschrift verlas. Er hatte — laut seiner eigenen Erklärung — seine Brille vergessen. Später setzte er eine geliehene Brille auf, aber die Anklageschrift wurde doch nicht im Einzelnen verlesen.

Aus der Verhandlung ergaben sich jedoch die wesentlichen Vorwürfe, die die Polizei gegen Zur erhebt. Er soll Manipulationen unternommen haben um Gelder auf Konten der Gesellschaft von Rosenbaum zu schleusen, und in einem Falle soll unberechtigt Geld unter Zinsenverlust lange auf einem solchen Konto geblieben sein. Die Polizei hat sich anscheinend schon auf Ergebnisse der Untersuchungen *bei den Gesellschaften* ZIM, petrochemische Werke usw. gestützt. Unter anderem kam zur Sprache, dass durch Überweisungen 27 000 Dollar unberechtigt für leitende Angestellte im Auslande zur Verfügung gestellt wurden.

Der Anwalt von Zur, Adv. Erwin Schimron, versuchte die Vorwürfe zu widerlegen und vertrat die Meinung, dass Zur keine strafwürdigen Handlungen begangen hatte. Er bezeichnete *die Behauptung d. Polizei* als gegenstandslos, dass etwa Zur versuchen könnte, die Untersuchung zu beeinflussen und verlangte, dass sein Mandant entlassen werden sollte.

Der Richter zog sich vor seinem *Beschluss in sein Büro* zurück. Als er wieder in den Verhandlungssaal kam, erklärte er, die Aufführung der *einzelnen* Beschuldigungen habe ihn überzeugt, dass im Laufe der Untersuchung ständig Veränderungen eintreten und dass dauernd neue Tatbestände zur Erörterung kommen. Da es sich um schwerwiegende Vergehen handelt, erscheint Fortdauer der Untersuchungshaft angebracht. Der Richter folgte jedoch nicht voll dem Antrage der Polizei und begrenzte die Haftdauer auf 10 Tage.

Zur, der bis zur Verkündung des Beschlusses sich gefasst gab und zuweilen lächelte, wurde merklich blass, als er die Erklärung des Richters hörte. Er war bei Beginn der Verhandlung von zwei Polizisten in Zivil in den Saal geführt worden, von ihnen wurde er wieder in den Haftort mitgenommen.

NOTPROGRAMM FUER WOHNBAU

Wohnbauminister Ofer erklärte in einem Interview, sein Ministerium würde den Bau von zusätzlichen 5 000 Wohnungen veranlassen, wenn es in der Bauwirtschaft grössere Arbeitslosigkeit geben sollte. Über diesen Plan habe er sich mit dem Finanzminister Rabinowitz geeinigt. Vorläufig wird in den kommenden Monaten die Fertigstellung von im Bau befindlichen *Wohnungen im Vorder*grunde stehen. Neubauten werden geringer an Zahl sein, und über eine eventuelle Vermehrung wird später beschlossen werden.

Jafa Suissa aus der Hypnose erwacht

Das Mädchen, Jafa Suissa aus *Dimona, das nach Hypnose sie*ben Tage lang im Trance-Zustand im Krankenhaus in Beer Schewa gelegen hatte, ist gestern aus der Trance erwacht. Dr. Kleinhaus, aus Jaffa, behandelte sie und konnte sie allmählich zum Erwachen bringen.

Die Eltern waren überglücklich. Der Gesundheitszustand des Mädchens ist befriedigend und sie wird schnellstens aus dem Krankenhaus entlassen werden. *Die Aerzte brachten zugleich er*neut ihre Empörung darüber zum Ausdruck, dass die Hypnose als „Scherz" bei Veranstaltungen benützt wurde.

Alle Maerkte in Tel Aviv werden gesaeubert

Der Vertreter der Leitung der Stadt Tel Aviv, *Arie Kramer*, der auch der Vorsitzende der Abteilung für Hygiene und Gesundheitsaufsicht ist, gab auf einer Pressekonferenz bekannt, dass die Märkte Carmel und Hatikwa am Freitag, 28.2. ab 17.00 Uhr bis Sonntag, 2.3. 14.00 Uhr geschlossen werden. In dieser Zeit werden die Märkte gründlich gereinigt werden. Ferner werden Desinfektionsmittel versprüht, und weitere Massnah*men ergriffen, um den Märkten* ein sauberes und gepflegtes Aussehen zu geben. Die Inhaber von Geschäften und Ständen werden in der Schliessungszeit Renovierungsarbeiten vornehmen.

Der Grosshandelsmarkt für Früchte und Gemüse in der Hachaschmonaim Str., wird von heute 17.00 Uhr bis Mozei Schabbat, 1.3 18.30 Uhr geschlossen sein. Die Möbelabteilung auf dem berühmten Flohmarkt in Jaffa wird am Montag, 3.3. geschlossen sein.

Auch auf den anderen Märkten werden grosse Säuberungsaktionen vorgenommen, aber diese *Märkte bleiben für das Publi*kum geöffnet. Nach Abschluss der Arbeiten auf den Märkten, wird in d. *Zeit v. 9. — 19.3.* eine grosse Aktion zur Verschönerung des Aussehens der Stadt durchgeführt werden.

In der letzten Zeit sind die Kontrollbeamten der Stadtverwaltung gegen Personen vorgegangen, die Abfälle auf den Strassen wegwerfen. Täglich werden 400 — 500 Strafbescheide ausgestellt, und die schuldigen Passanten müssen *Geldstrafen* im Unterwerfungsverfahren, in Höhe von IL. 50.— zahlen.

ADMINISTRATIV-HÄFTLINGE TRATEN IN DEN HUNGERSTREIK

(WT) — Gegen 35 junge Araber aus dem Westufergebiet, welche sich in Administrativhaft befinden, *haben dieser Tage* den Hungerstreik proklamiert. Die Häftlinge befinden sich in drei verschiedenen Gefängnissen und das gleichzeitige Ausrufen des Hungerstreiks lässt darauf schliessen, dass Faktoren ausserhalb der Gefängnisse dabei die Vermittlerrolle gespielt haben. Die Häftlinge protestieren mit ihrem Streik gegen die Administrativhaft.

Eine Delegation von Frauen von arabischen Administrativ-*Häftlingen besuchte den Knesset*abgeordneten, Dr. Benjamin Halevi und baten ihn um Intervention zu Gunsten ihrer Männer. Dr. Halevi versprach den Frauen er werde sich, zusammen mit anderen Abgeordneten, an die Regierung wenden, um die *Beschwerden der Frauen* zu klären.

Mehrere arabische Stadtverwaltungen im Westufergebiet haben Geld gesammelt, um die Haftbedingungen arabischer Häftlinge zu verbessern.

aus dem Lande

Die Gesellschaft Mekorot konnte im letzten Jahre die Regenmenge im Lande durch 180 Mio. cbm. künstlichen Regens anreichern. Die Kosten dieser Aktion beliefen sich nur auf IL zwei Millionen, wie der Sprecher von Mekorot, Mordechai Jakubowicz, erklärte. Durch die Regenfälle hat sich der Wasserstand des Kinneret Sees um 20 cm. gehoben. Er liegt jedoch immer *noch 1,5 m.* unter der eigentlich notwendigen Höhe. In diesem Jahre sollen 400 Mio. cbm. Wasser aus dem Kinneret See gepumpt werden.

Eine Zunahme der Flugpassagiere ist im Ben Gurion Flughafen festzustellen. In den letzten Tagen hat die Zahl der Passagiere täglich je über 4 000 betragen.

Offiziere der UN-Einheiten auf der Sinai-Halbinsel hatten darum gebeten, sich an den Purim Feiern benachbarter israelischer Einheiten, beteiligen zu können. Da sie ihre Bitte erst zu später Nachtstunde geäussert hatten, liess sich dies nicht mehr durchführen. Die UN-Soldaten mussten sich mit dem Anhören der Purimlieder von Ferne begnügen.

Der Vater eines Schülers, der *den Vizedirektor einer Schule in* Jerusalem angegriffen hatte, wurde zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Er erhielt ausserdem 65 Tage Gefängnis mit Bewährungsfrist und IL 100 Geldstrafe. Der Vater hatte sich über den Lehrer aufgeregt, weil dieser den Sohn wegen ungebührlichen Betragens aus dem Unterricht verwiesen hatte. Der Junge hatte u. a., seine *Mitschüler* geschlagen.

Vier Touristen, die der Benutzung von Rauschgift beschuldigt wurden, wurden vom Jerusalemer Amtsgericht zu je IL 1 000 Geldstrafe und zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Gerichte weiterhin sehr ueberlastet

Ende 1974 lagerten bei den Gerichten über 100.000 unerledigte Akten, wobei es sich in über 72.000 Fällen um Zivilklagen handelte.

Das Justizministerium und die Gerichte haben grosse Anstrengungen unternommen, um die Zahl der Akten zu verringern *und die Prozesse zu beschleu*nigen, dennoch hat sich eine grosse Menge von Akten weiter angehäuft.

1974 gingen bei den Gerichten über 308.000 neue Klagen ein, und es wurden fast 308.000 Fälle in Prozessen behandelt.

Die grosse Belastung der Bezirksgerichte mit Zivilklagen hat dazu geführt, dass 43.000 Akten bei den Bezirksgerichten unerledigt zurückblieben. Noch schlimmer ist die Situation bei den Amtsgerichten. Diese konnten zwar über 79.000 Prozesse durchführen, aber dennoch blieben fast 53.000 Akten (davon 30.000 Zivilfälle) unerledigt zurück.

Von der aussergewöhnlichen Langsamkeit bei der Behandlung von Zivil- und oft auch von Strafklagen hebt sich die schnelle Erledigung von Verkehrsver*gehen ab. Im letzten Jahre wur*den nicht weniger als 121.000 solcher Fälle abgewickelt und nur 6.000 Akten blieben unerledigt zurück.

VERBILLIGUNGSAKTION BEI SCHEKEM

Schekem wird verschiedene Waren um 10—25 Prozent verbilligen, abgesehen von dem in den *Schekem-Läden üblichen* Rabatt von 12.5%. Nach den Pessachfeiertagen soll die Verbilligungsaktion für Textilien und Schuhe weitergeführt werden.

Ein neues Röntgen-Forschungslaboratorium mit hoher Strahlenwirkung wurde im Rahmen der Bar Ilan-Universität eröffnet.

ES WIRD DOCH NICHT ALLES TEUERER

Das Handels-und Industrieministerium will die Verbilligung einer Reihe von Waren durchsetzen — und zwar handelt es sich um *Milchprodukte und Desinfektionsmit*tel, bei denen bis nach Pessach Ermässigungen in Höhe von 20% in Kraft treten sollen.

An dieser Aktion sind das *Handels* — und Industrieministerium, das Landwirtschaftsministerium und andere Regierungsstellen beteiligt. Die Regierung will diese Verbilligung (die natürlich mit Subventionen verbunden ist) durchführen, um ein zu schnelles Ansteigen des Index zu vermeiden und um den negativen Eindruck der letzten Steuererhöhungen abzuschwächen.

Bei Gemüsen und Früchten gibt es seit längerer Zeit eine Verbilligungsaktion seitens des Landwirtschaftsministeriums, die sich sehr günstig ausgewirkt hat und zur Milderung der Preissteigerungstendenzen beigetragen hat.

STABILISIERUNG AN DER BOERSE

Der Börsenhandel stand gestern im Zeichen einer Stabilisierung der Kurse, nachdem es am Wochenanfang Bewegungen gegeben hatte. Bei Anleihen waren Veränderungen kaum zu verzeichnen, mit Ausnahme der Serien mit langen Fristen. Der Umsatz belief sich auf IL 15 Millionen.

Auf dem Aktienmarkt ware sowohl bei den Eröffnungskurse als auch bei dem Handel z variablen Kursen nur geringfü gige Schwankungen bei einige Sorten zu verzeichnen. Der Un satz wurde mit IL drei Mio. a gegeben.

FINANZEN UND WIRTSCHAFT

Steuereinziehung soll verschaerft werden

Das Finanzministerium will die Steuereinziehung verschärfen und bei der Erhebung der Einkommensteuer zu radikalen Massnahmen greifen. Wer trotz gesetzlicher Verpflichtung keine ordentlichen Bücher führt, soll in *Zukunft nach den Plänen* des Finanzministeriums mit einer Geldstrafe in Höhe von 10% *seines Einkommens belegt* werden.

Im Rahmen der Intensivierung der Steuereinziehung sollen mehr fachlich vorgebildete Beamte beschäftigt werden, *die in der La*ge sind, Bilanzen von Gesellschaften zu überprüfen und die einen Computer bedienen können, um d. Entwicklung der Geschäfte bei grossen Steuerzahlern beobachten zu können.

Ferner soll der Rahmen der Einziehung d. Einkommensteuer „an Ort und Stelle" (sogenannte *Quellensteuer*) *erheblich* erweitert werden. In Zukunft werden Bauunternehmer, Fabrikanten u. Warenlieferanten für das Verteidigungsministerium und andere Aemter sofort Quellensteuer zu zahlen haben.

Die Steuerbehörden werden auch die Gerichte auffordern, d Strafen bei Steuerhinterziehu erheblich zu verschärfen.

EDELSTEINBÖRSE GEWINNT ANERKENNUN

Die neue Edelsteinbörse *Ramat Gan* gewinnt wachsend internationale Anerkennung. S ihrer Gründung haben sich zehn neue Mitglieder angeschlo sen, darunter bekannte intern tionale Händler aus Australie New York und Deutschla (Pforzheim).

Aus dem Kurszettel der Tel Aviver Börse

	24.2.1975	26.2.1
OBLIGATIONEN		
6% Israel Electr. „B" $ Linked	154.7	154
5% Dead Sea Works bearer $ Linked	155	154
6½% Zim $ Linked	152	152
Milve Klita 1965 Index 110.1	435	445
Milve Klita 1966 Index 118.7	383	382
Milve Klita 1967 Index 118.9	371.5	37[illegible]
6½% Dev. Loan ser 202 bearer	249.5	24[illegible]
Dev. Loan ser 3001 bearer	144.8	14[illegible]
Dev. Loan ser 162	291	24[illegible]
Dev. Loan ser 309	184.5	18[illegible]
Milve Bitachon 1969 ser 41	142.5	14[illegible]
AKTIEN-MARKT		
Ozar Hitjaschwut ord. sh. reg	210	20[illegible]
I. L. D. C. Bankholding ord. sh.	193	19[illegible]
Bank Hapoalim ord. sh. bearer	282	28[illegible]
Bank Leumi „A" ord. stock	241.5	24[illegible]
General Mortg. Bank ord. sh. bearer	272	271
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	243	24[illegible]
Housing Mortg. Bank „B" ord. sh.	168.5	16[illegible]
Hassneh Insurance ord. sh.	231	230
Delek ord. sh. reg.	139	140
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	137	13[illegible]
Africa Pal Investments ord. sh. reg. IL 10	229	22[illegible]
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	100.5	10[illegible]
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	118	115
Mehadrin	169.5	169
Neot Aviv	84	83
Rassco 8% pref. ord. sh. reg.	86	8[illegible]
Ata „C" ord. reg. sh.	78.5	7[illegible]
Dubek	337	330
Phoenicia 8% ord. pref. part. bearer	69.5	6[illegible]
American Israel Paper Mills	268	25[illegible]
Assis	160	160
Elgar Investment bearer	81	8[illegible]
Ellern Investment Ltd. bearer	150.5	14[illegible]
Paz Investments	92	[illegible]
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. IL 1	68.5	6[illegible]
Discount Bank Inv. bearer	155.5	15[illegible]
Bank Leumi Investment ord. sh.	189	190
Clal Investment	200	200
Naphta Ltd. ord. sh.	159.5	15[illegible]
Lapidot ord. sh. reg.	262.5	24[illegible]
I.L.D.C. 10% conv. deb.	78	7[illegible]
Ata 10% conv. deb.	71	6[illegible]
D-Mark per $	2.3100/15	2.3040/[illegible]
Swiss Fr. per $	2.4550/75	2.4270/[illegible]
D-Mark	2.87	[illegible]
Natad (unter Banken)	—	—

TENDENZ AM GESTRIGEN BOERSENMARKT

übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank

Ohne Obligo

** = ex rights — K — Nur Käufer

* = ex coup. div. — V = Nur Verkäufer

Dollar Bonds: uneinheitlich

Index Bonds: etwas schwächer

Aktien: schwächer

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 355 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52
Redaktion: Tel. 30014